

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

ausgabe
nummer **38**

März/April 2008

**Drogenparadies und Terrorzentale?
Buntes Haus am Pranger**

**Linksextremismus = Rechtsextremismus?
Eine falsche Gleichung**

Interview zu den Protesten gegen die NPD-Stände

**Schwermetallbelastung an der Aller
Alles ist vergiftet**

**Neue Soziale Bewegungen in Celle (5)
Schülerprotest 1969**



INHALT

Drogenparadies und Terrorzentale? Buntes Haus am PrangerSeite	03
Linksextremismus = Rechtsextremismus? Eine falsche GleichungSeite	07
Interview zu den Protesten gegen die NPD-Stände im Januar Was ging ab im Wahlkampf? . . .Seite	10
Leserbrief zur Vorstellung der NPD-Kandidaten in der CZ . . .Seite	11
Lokales - MeldungenSeite	12
Lafontaine und Gysi lachen nach den Wahlen Wird Deutschland ein Links-Staat?Seite	15
Schwermetallbelastung an der Aller Alles ist vergiftetSeite	16
Leserbrief Zurück zur Söldnerarmee? . . .Seite	17
Kongress in Hannover Truppen raus aus Afghanistan! .Seite	18
Neue Soziale Bewegungen in Celle (5) Schülerprotest 1969Seite	19
Literatur NazischulungSeite	23
Besetze deine StadtSeite	24
RechtsabbiegerSeite	25
Termine im Kino achteinhalb . .Seite	26
Radio Nowhere Celle Teilhaben - Teil werden! . . .Seite	27
TermineSeite	27

Hallo liebe Leute,

das Jahr fängt ja gut an!!!! Ein riesen Rummel um das Bunte Haus wurde von dem Kriminaldirektor Schomburg und dem CZ Redakteur Ende inszeniert.

Aber neben diesem Terror gab's auch was zu feiern: 13 Jahre Kino Achteinhalb - wir wünschen nachträglich alles Gute. Lasst Euch alle nicht unterkriegen!
Das wünschen wir dem Kino, dem Bunten Haus und all unseren LeserInnen.

Eure revista-Reaktion



Liebling der Ausgabe:

1. (-) **Martin Biermann,**
honoris causa.
2. (-) **Gerd Schomburg,**
clownophob.
3. (-) **Michael Ende,**
Rechts-Links-Mascher.
4. (-) **Heiko Gevers,**
Rechenkünstler.
5. (-) **Jörg Bode,**
Leistungsträger.

Impressum:

Revista, Nr.38
Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro).
Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle
email: Revista@gmx.de .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner
Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001
K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"
Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!

<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

Buntes Haus am Pranger



Organisierte Gewalt - Linksextremismus und Drogenpartys - klar gewalttätig - Anstiftung zu einer Straftat - verummte Linksextreme - rechtsfreier Raum - dem Spektrum der

Verfassungsfeindlichkeit zuzuordnende Gruppierungen - Aufforderung zum Mord - menschenverachtende Volksverhetzung - unkontrollierbar ...

... das alles ist - wortwörtlich so in drei Ausgaben der Celleschen Zeitung vom Februar zum finden - das Bunte Haus.

Die Vorwürfe waren auch in ihrem Kern gravierend: Vom Bunten Haus gehe "organisierte Gewalt" aus und im Zentrum werde offen mit Drogen gehandelt. Beides gelogen, aber so schwammig formuliert, dass sich juristisch kaum etwas dagegen machen ließ; und auf der anderen Seite so aufgebauscht, dass etwas hängen bleiben sollte.

So guess who's gonna take the blame for... (Gallagher)

Das 21. Jahrhundert begann ja verheißungsvoll: Kriege mit hunderttausenden Toten, Millionen auf der Flucht vor Hunger und Unterdrückung, in reichen Ländern wie Deutschland fristen ein Fünftel aller Kinder eine Existenz auf Hartz-4-Niveau. "Organisierte Gewalt" - Aber woher denn?

Die findet man scheinbar am ehesten in einem kleinen Südheidestädtchen. Und ihr gewalttätiger Ausdruck manifestiert sich in Gruppen junger Menschen, die engagiert gegen Wahlkampfstände der NPD demonstrieren. 135 von Rechtsextremisten getötete Menschen dokumentierte die Berliner Amadeu Antonio Stiftung seit 1990, darunter der in Eschede 1999 totgeschlagene Peter Deutschmann. Aber: Der ausgemachte Feind scheint links zu stehen. Bedrohlich sind nicht jene, die morden, sondern - glaubt man der Meinungsmache in unserer Fassadenstadt - jene, die gegen das öffentliche Auftreten der Rassisten protestieren: Das Feindbild heißt "Antifa" - die Schublade "Linksextremismus".

Und was hat das Bunte Haus damit zu tun? Die meisten derjenigen, die in den vergangenen Wochen in Celle öffentlich

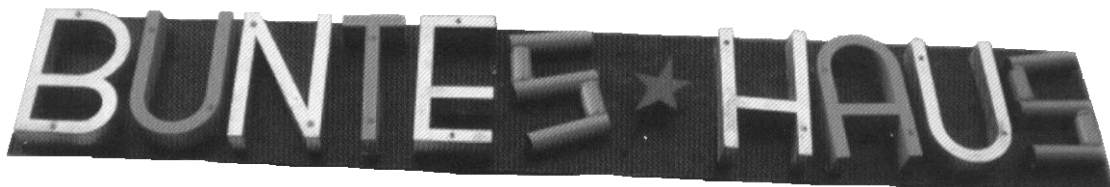
auf die Gefahren des Bündnisses zwischen rechtsextremistischer NPD und gewalttätigen Kameradschaftskadern hinweisen, sind entweder gern gesehene BesucherInnen oder bringen sich aktiv in den Alltag des Hauses ein. "Antifa" ist - aus soziologischer Perspektive - auch Jugend-/Subkultur mit eigenen Codes und Verkehrsformen, die in der Provinz zur Zeit attraktiver sind als die ziemlich utopiefreien Zirkel von Parteien oder Verbandsjugend. Und "Antifa" trifft sich im Bunten Haus. Doch eine "In-Eins-Setzung" ist völliger Quatsch. Es gibt mehr Gruppen und Szenen im Zentrum als "Antifa", vor allem aber bestimmt das Bunte Haus nicht die antifaschistischen Aktionen vor Ort.

Die Polizeiführung bemüht auch einige "konkrete" Vorgänge:

Am 19. Januar 2008 sei es bei den Protesten gegen den NPD-Stand zu Gewalttätigkeiten gekommen. Und es wären Parolen gerufen worden wie: "Die Nazis morden, der Staat schiebt ab - das ist das gleiche Faschistenpack!" "Gebt den Nazis die Straße zurück -Stein für Stein!" - Nach einem Konzert in der CD-Kaserne hätten verummte Linksextreme, die im Bunten Haus verkehrten, drei Rechtsextreme mit Knüppeln und Reizgas attackiert. Und im Sommer 2007 hätten Linksextreme aus dem Bunten Haus in der Heese Rechte mit einem Zimmermannshammer angegriffen.

Wieder muss die Frage gestellt werden: Was hat das Bunte Haus damit zu tun? Genauso wenig oder besser gesagt weniger, als der TuS Celle FC mit der seinerzeitigen Straftat seines Vorsitzenden Sebastian B., als dieser nach einer Feier ein Polizeifahrzeug entwendete und mit besoffenem Kopf in eine Hauswand steuerte. Das Bunte Haus ist ein sozio-kulturelles Zentrum in Selbstverwaltung, d.h.: Es gibt zwar einen Vereinsvorstand, der alle Vorgänge bürgerlichen Rechts verantwortet. Im Alltag ersetzt ein wöchentlich tagendes Plenum die üblichen Vereinsgremien; hier werden Beschlüsse über Veranstaltungen, die ganze Hausmeisterei und auftretende Probleme gefasst und zur Erledigung an bestimmte Personen delegiert. Das Plenum verstand sich in der Vergangenheit selten als politisches Organ im engeren Sinne; nur sehr selten also wird eine Unterstützung von Demonstrationsaufrufen oder Aktionen beredet und beschlossen. Die Mitarbeit im Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt stellt insoweit fast eine Ausnahme dar.

Aber zurück zu den "konkreten" Vorwürfen:



Parolen wie die von der Polizei inkriminierten werden bundesweit auf jeder antifaschistischen Demonstration gerufen. Über eine Strafverfolgung ist uns nichts bekannt. Über die sich darin wiederfindende Zuspitzung gesellschaftlicher Phänomene kann man gern streiten, darin aber - wie Oberbürgermeister Biermann - eine "Aufforderung zum Mord" zu sehen, ist einfach nur absurd.



Bei den Protesten gegen den NPD-Stand ist der Kameradschaftskader Klaus Hellmund durch eine Remperei gestürzt. Die Rängelei war - was alle Augenzeugen bestätigen können - nicht

Bestandteil der Protestaktionen, die ausdrücklich auf das Zeigen von Transparenten und das Skandieren von Parolen ausgerichtet war. Das eigentlich Brisante ist, dass die Polizeiführung den gewalttätigen Angriff von Neofaschisten auf die abziehenden Protestteilnehmer als "Linke gegen Rechte" verharmlost. Tatsache ist: Die Nazis verletzten einen Gegendemonstranten mit einem scharfen Gegenstand so im Gesicht, dass die Schnittwunde im Krankenhaus genäht werden musste.

Zu der behaupteten Schlägerei im Anschluss an ein Konzert in der CD-Kaserne lässt sich nur fragen: Was hat das Bunte Haus damit zu tun? Es handelt sich scheinbar nicht einmal um ein Konzert, das im Zentrum stattgefunden hat. Die ganze Geschichte ist bisher im übrigen nur über eine Nazi-Homepage in die "Öffentlichkeit" gelangt.

Schließlich zu der Auseinandersetzung während des Stadtteilstreffes in der Heese. Augenzeugen berichten übereinstimmend von einem martialischen Auftreten mehrerer bekannter Neonazis gegenüber einem Stand des "Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt". Einige Leute, die sich schützend vor den Stand stellten, wurden anschließend von den Neonazis mit Anzeigen wegen Beleidigung und Körperverletzung überzogen. Ein Ermittlungsverfahren läuft. Dass sich der Polizeisprecher Guido Koch in dieser Situation hinstellt und behauptet, es sei zu einem Angriff mit einem Zimmermannshammer gekommen, ist in der Tat "schon heftig" (so die wertende Beurteilung Kochs in der CZ) - stützt sich doch auch dieser Vorwurf scheinbar nur auf die Aussagen von Neonazis. Entscheidend aber bleibt mal wieder die Frage: Was hat das Bunte Haus damit zu tun?

Oberbürgermeister Biermann meint, so ihn denn die CZ richtig zitiert, dass sich das Bunte Haus Aktivitäten seiner Nutzer zuordnen lassen müsse. Ja wie denn das? Weder muss sich der Stadtrat die Äußerungen von Frank Pillibeit zurechnen lassen, noch der TuS Celle das Handeln seines ehemaligen Vorsitzenden. Dass die CDU-Fraktion sich von dem Haider-Fan trennt, ist dagegen genauso konsequent wie wenn das Bunte Haus gelegentlich Besucher- oder NutzerInnen mit einem Hausverbot belegt. Letzteres ist zum Beispiel mit

jenem in U-Haft sitzenden Dealer passiert, den die Polizei mit der Behauptung: "Er verkehrte regelmäßig im Bunten Haus" für ihre Drogenvorwürfe zu instrumentalisieren versucht. Mit dessen gelegentlichen Besuchen nämlich war es vorbei, nachdem er ein Hakenkreuz ans Zentrum geschmiert hatte - als Protest gegen die aus seiner Sicht antisexistischen und anti-rassistischen "Moralisten" des Bunten Hauses: Er bekam ein Hausverbot.

8 Miles high? (Clark/McGuinn/Crosby)

Für eine jugendkulturelle Einrichtung sind Vorwürfe des Drogenhandels nach wie vor das schwerste Geschütz. Die Celler Polizeiführung ließ sich nicht nehmen, es aufzubauen. Doch die Kugel wird ihr hoffentlich auf die eigenen Füße fallen. Die wilde Drogen-Geschichte lässt sich auch so erzählen:

Am 26. Januar sollte im Bunten Haus eine so genannte Goa-Party stattfinden. Man kann sich im Nachhinein das Leuchten in den Augen der Celler Ermittler vorstellen. Denn "Goa", d.h. für sie "Drogenkonsum". Und so gesehen war das Plenum des Zentrums vielleicht etwas naiv, als es die Veranstaltung - mit den üblichen Auflagen versehen - genehmigte. Am Tag der Veranstaltung wurde in einer außerordentlichen Krisensitzung dann aber beraten, ob und wie die Party durchgeführt werden könnte, nachdem der Veranstalterkreis nicht gänzlich ausschließen konnte, dass Drogenkonsumenten zu den Besuchern gehören. Die Party wurde daraufhin als "öffentliche" Veranstaltung abgesagt; um die Veranstalter letztlich nicht auf den Kosten und dem betriebenen Aufwand sitzen zu lassen, wurde eingeräumt, dass die Party als "private Feier" durchgeführt werden könnte. Es sollten also nur noch Freunde und Bekannte teilnehmen dürfen. Scheinbar ist dennoch einem oder mehreren Zivilpolizisten Einlass gewährt worden, denn Polizeichef Schomburg behauptet seitdem: "Leute von uns haben dort ... festgestellt, dass an einem eigenen Stand Drogen verkauft wurden". Die Behauptung, dass es einen "Drogenstand" gegeben habe, wird von 7, 8 Leuten aus dem Zentrum vehement bestritten. Sollte die Polizei tatsächlich - wie behauptet - ein Strafverfahren eingeleitet haben, wird sich das Gericht mit diesen Zeugen zu beschäftigen haben.

Erstaunlich ist ja übrigens angesichts der Darstellung der Polizei folgendes: Erstens muss man sich in der Tat fragen, warum sie diesen angeblich "offenen Drogenhandel" nicht direkt unterbindet? Und zweitens darf man fragen, wieso sie bei den umfangreichen Alkohol- und Drogenkontrollen im Umfeld des Zentrums nicht fündig geworden ist? Da sich die Polizei so eklatant in einen Widerspruch verwickelt, sei ihre Pressemitteilung vom 27. Januar zitiert:

"Am heutigen Samstag führte die Celler Polizei, unterstützt zahlreichen Kräften der Bereitschaftspolizei, Kontrollen im Stadtgebiet durch. Bereits in den Nachmittagsstunden des 26.01.2008 liefen die Kontrollen an, die bis in den frühen Morgen des Wahltages andauerten. ... Hintergrund für die Kontrollen waren mehrere zeitgleiche Veranstaltungen im

Celler Innenstadtbereich. Dazu gehörte eine Karnevalsveranstaltung in der Celler Congress Union sowie Feiern auf dem Gelände der ehemaligen Cambridge-Dröner-Kaserne. Die eingesetzten Beamten kontrollierten knapp 270 Fahrzeugführer. Neben 27 Alco-Tests wurden auch noch 14 Drogentests durchgeführt. Die Moral der Celler Autofahrer war nach Feststellung der Polizei erfreulich; nicht ein einziger musste eine Blutprobe über sich ergehen lassen. Ein großes Lob an die Celler Autofahrer, so Polizeisprecher Christian Riebandt. Die Ergebnisse zeigen eindeutig, dass die präventive Aufklärungsarbeit der Celler Polizei in puncto Alkohol und Drogen die Bevölkerung erreicht hat."

Wahrscheinlich hat dieses Ergebnis sogar das Bunte Haus selbst überrascht. Es wäre schließlich naiv, die Nähe der meisten Jugendkulturen zu Drogen zu leugnen. Zum Punk gehört das Bier und zu manchen anderen Szenen eben der Joint. Und auch wenn im Zentrum alle alkoholfreien Getränke billiger sind als Bier, so wird doch genau damit der erforderliche Überschuss erzielt. Nun hat Alkohol den Vor- und Nachteil, dass ein übermäßiger "Genuss" sich irgendwann unübersehbar am Verhalten der Konsumenten ablesen lässt. Dass kann ein Veranstalter kontrollieren, und die so genannten "Alkoholleichen" sind deshalb im Bunten Haus eher selten. Bei illegalen Drogen ist jegliche Kontrolle weitaus schwerer. Selbstverständlich aber werden VeranstaltungsbesucherInnen, die sich einen Joint genehmigen wollen, darauf hingewiesen, dass das im Haus nicht geht. Und über Drogenhandel im Zentrum musste erst im Zusammenhang mit der oskuren Polizeigeschichte gesprochen werden, denn in anderer Form gibt es das Problem nicht. - Wie im Grunde jeder Szenekenner weiß, bekommt man illegale Drogen in Celle eher dort, wo die Fans der Jungen Union ihr Wochenende verbringen (wofür aber weder die Junge Union noch ihre Fans eine Verantwortung tragen).

Die Drei von der Tankstelle (Heymann/Gilbert)

Was - muss man fragen - treibt die drei Herren Schomburg, Ende und Biermann eigentlich um, mit dem beschriebenen Lügengespinnst dem Bunten Haus einen derartigen Imageschaden beibringen zu wollen? Letztlich sind wir hier auf Mutmaßungen angewiesen, da die Herren nicht mit offenen Karten spielen.

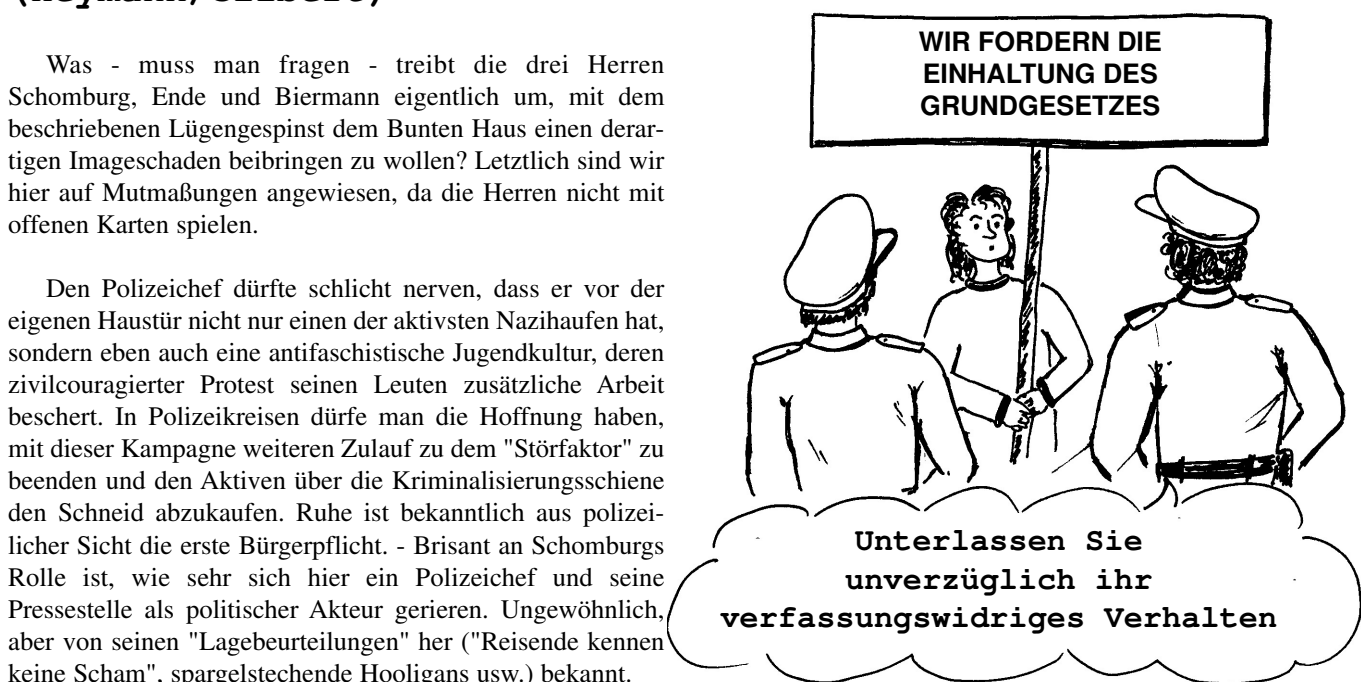
Den Polizeichef dürfte schlicht nerven, dass er vor der eigenen Haustür nicht nur einen der aktivsten Nazihäufen hat, sondern eben auch eine antifaschistische Jugendkultur, deren zivilcouragierter Protest seinen Leuten zusätzliche Arbeit beschert. In Polizeikreisen dürfte man die Hoffnung haben, mit dieser Kampagne weiteren Zulauf zu dem "Störfaktor" zu beenden und den Aktiven über die Kriminalisierungsschiene den Scheid abzukaufen. Ruhe ist bekanntlich aus polizeilicher Sicht die erste Bürgerpflicht. - Brisant an Schomburgs Rolle ist, wie sehr sich hier ein Polizeichef und seine Pressestelle als politischer Akteur gerieren. Ungewöhnlich, aber von seinen "Lagebeurteilungen" her ("Reisende kennen keine Scham", spargelstechende Hooligans usw.) bekannt.



Michael Ende von der Celleschen Zeitung gibt manchem vielleicht ein Rätsel auf. War er es doch, der Frank Pillibet "abgeschossen" hat. Aber wahrscheinlich ist es genau das: Dieses merkwürdige Hirngespinnst von falsch verstandener journalistischer Ausgewogenheit. "Ausgewogenheit" könnte beinhalten, zu einem Konflikt mal beide Seiten zu hören, was Ende nicht gemacht hat. Aber mit Journalismus hatte die ganze Sache nun ja wenig zu tun. Bei der CZ hält man es scheinbar so, dass man für jeden "Rechten", dem man eins auswischt, anschließend was "Linkes" auf die Anklagebank setzt - ganz ausgewogen.

Oberbürgermeister Martin Biermann scheint Politik, wie manch einer zu berichten weiß, im Kern als Kampf zwischen Freund und Feind zu bestimmen. Er war von Beginn an ein Gegner des Bunten Hauses, für ihn war es immer schon Hort des Linksextremismus - und weder ein nettes Wort, noch ein gutes Argument wird daran wohl jemals etwas ändern. Letztlich ist es bisher vor allem den Widersprüchen im eigenen Lager zu verdanken, dass es nur alle paar Jahre mal eine Welle gegen das Bunte Haus gibt. Zu den Widersprüchen im eigenen Lager gehört eben auch, dass nicht wenige Kinder von Ratsmitgliedern sich in den vergangenen Jahren aktiv ins Zentrum eingebracht haben - und darunter eben auch solcher aus Reihen der CDU.

Weder Schomburg, noch Ende, noch Biermann machten eine seriöse Bemühung mit Vertretern des Bunten Hauses zu sprechen. Es gab auch nicht eine einzige irgendwie geartete schriftliche Mitteilung. Würde man im Zentrum nicht auch die



Cellesche Zeitung lesen, hätte man von dem ganzen Auftrieb womöglich gar nichts mitbekommen. Äußerst kurios ist Biermanns öffentlich vertretene Auffassung, man könne mit dem Bunten Haus nur schwer Kontakt aufnehmen. Merkwürdig, dass es so viele Menschen relativ problemlos schaffen - man ruft an, erfährt, dass man am besten zum Plenum kommen oder eine mail schicken soll. Was ist daran schwer?

Zu keinem Zeitpunkt scheint die drei Herren gestört zu haben, dass sie sich - objektiv - in den Dienst einer seit Jahren laufenden Nazi-Kampagne stellen. "Gegen linksfaschistischen Terror auf Celles Straßen - Schließt das Bunte Haus" lautete das Motto, unter dem die Kameradschaft 73 am 2. September 2000 demonstrieren wollte (der Aufmarsch wurde damals dann doch abgesagt). Dass die Neonazis ihre zuletzt eher erlahmenden Bemühungen erneut befeuert sehen, zeigt ein Kommentar auf ihrer Homepage. Es sei "endlich ein Umdenken bei den Verantwortlichen" festzustellen und: "Nationalisten aus Celle werden ... nicht müde werden für die Schließung des Bunten Hauses einzutreten!"

Ein Freund, ein guter Freund ... (Heymann/Gilbert)

Eine derart mit Unterstellung arbeitende Berichterstattung lässt sich kaum zurückweisen, ohne dass etwas "hängen bleibt". Erfreulicherweise erhielt das Zentrum solidarische Unterstützung nicht nur durch das linke Netzwerk, sondern auch von etlichen Ratsmitgliedern. BesucherInnen und NutzerInnen wissen aus der Nähe und eigener Erfahrung, dass hier nur eine Dreckschleuder in Gang gesetzt wurde. Ein Imageschaden aber bleibt.

Bis zum Redaktionsschluss war andererseits aber erfreulich, dass sich die Kommunalpolitik wie auch die Geschäftsführung der CD-Kasernen GmbH weitgehend sachlich verhielten. Die CDU hat scheinbar schon aus dem Koch'schen Desaster gelernt - mit "Law-and-Order"-Kampagnen lassen sich nicht mehr automatisch Wahlen gewinnen.

Kennern der jugend- und kulturpolitischen Szenerie ist bekannt: Das Bunte Haus besetzt ein Segment, das aktuell weder von der CD-Kaserne noch von anderen Anbietern ausgefüllt werden könnte. Dabei geht es nicht nur um die konkurrenzlos niedrigen Eintritts- und Getränkepreise. Es geht auch um die Nähe der Leute im Zentrum zu den subkulturellen Strömungen der Stadt, das ein Agieren am Puls der Zeit ermöglicht. Denn selbstverständlich engagieren sich auch Jugendliche aus den jeweiligen Szenen im Haus. In gewisser Weise ist das Bunte Haus deshalb nicht nur "Störfaktor", sondern ein gegenkultureller Standortfaktor.

Trotzdem: Im Jahr 2010 steht die Verlängerung des Mietvertrages um weitere zehn Jahre an. Und wie die jetzige Kampagne zeigt, gibt es da keinen Automatismus.

Das Zentrum selbst wird seine Attraktivität für große Teile der jugendbewegten Szenen behalten und ausbauen können. Ein Erhalt über das Jahr 2010 hinaus scheint denkbar, solange nicht Polizei, Presse und Politik weiter provozieren und eskalieren. Hier wäre auch eine kritisch-solidarische Öffentlichkeit gefragt - ein gewissermaßen "Grauer Block" - der sich schützend hinter und vor das Haus stellt.

PS.: Wahrscheinlich ist's sinnvoll anzumerken, dass die "revista" nicht das Bunte Haus ist - und dieser Artikel insoweit auch nicht die Meinung des Plenums darstellt.



Nur in Potsdam - Organisierte Gewalt studieren

Mit dem Masterstudiengang "Military Studies" besteht ab dem Wintersemester 2007/2008 an der Universität Potsdam ein im deutschen Sprachraum einzigartiges Studienangebot. Qualifizierte Studierende werden im Laufe von vier Semestern die Themenfelder Militär, Krieg und organisierte Gewalt studieren können und dabei sowohl in die aktuelle Forschung wie in mögliche Berufsfelder von

Militärhistorikern und Militärsoziologen eingeführt werden.

Der Studiengang wird in Kooperation veranstaltet von vier Trägern: der Universität Potsdam mit ihren Professuren für Allgemeine Soziologie und für Militärgeschichte, dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr und dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr. (aus <http://www.militarystudies.de/>)

Linksextremismus = Rechtsextremismus? Eine falsche Gleichung

"Nicht Linke, sondern Rechtsextremisten haben in den letzten Jahren über 100 Menschen ermordet." (Oskar Lafontaine)

Glaukt man den Darstellungen der Celler Polizei, hat sich unser Südheidestädtchen zu einem Oberzentrum des Linksextremismus aufgewandelt. Am 23. Dezember 2007 titelte die Polizei in ihrer Pressemitteilung "Polizei verhindert Rechts-Links-Auseinandersetzung vor der Wintersonnenwendfeier der norddeutschen rechtsextremen Kameradschaftsszene im Landkreis Celle". Die "Linken" waren 15 Leute vom "Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt", die friedlich mit einem Transparent gegen die Naziveranstaltung in Eschede protestierten. Drei Wochen später waren es in der Tat dann schon drei Transparente, mit denen eine doppelte Zahl an Menschen gegen einen Wahlkampfstand der NPD in der Fußgängerzone protestierte. "Polizei Celle verhindert erneut Auseinandersetzungen zwischen Extremisten", ließ daraufhin die Pressestelle der Ordnungshüter verlauten. Auch Hintergründiges wusste man zu berichten: "Seit über zwei Jahren steigern sich die Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten in Celle. Anlässlich von Info-Ständen oder Demonstrationen mobilisiert auch die jeweils andere Seite. Auseinandersetzungen werden dabei mindestens in Kauf genommen." Und weiter: "Während dabei die rechtsextreme Szene um die Kameradschaft 73 und die NPD in Celle ohne offensichtlichen Anlaufpunkt agiert, gehen linksextrem beein-

flusste Aktivitäten vom Bunten Haus aus, welches sich als selbstverwaltetes Jugendzentrum auf dem Gelände der ehemaligen Cambridge-Dragonerkaserne an der Hannoverschen Straße befindet."

Da wird scheinbar an einem Feindbild gebastelt, wozu man sich des altbekannten Strickmusters "rechts = links" bedient. Und: Die "Feinde" werden verortet, wobei das "Extremismus"-Label in absolut unverantwortlicher Weise dem Bunten Haus aufgedrückt wird. Es handelt sich zwar um nichts mehr als die "Meinungsäußerung" eines Polizeisprechers, denn mit irgendwelchen harten Fakten lässt sich dieses "Etikett" im Falle des Bunten Hauses nicht belegen. Aber es handelt sich um eine Meinungsäußerung, die durchaus Folgen haben kann.

Die Konflikte in manchen Elternhäusern sind programmiert. Schülerinnen und Schüler, die sich auf der organisatorischen Ebene oder als NutzerInnen im Bunten Haus engagieren, stehen unter ideologischem Generalverdacht. Dass es sich um ein Zentrum handelt, in dem in weitem Sinne "linkes", emanzipatorisches Denken und Handeln zum Konsens gehört, ist bekannt und unbestritten. Selbstorganisation, Basisdemokratie, Ablehnung von Hierarchien, Sexismus und Rassismus, sowie soziales Engagement etc. werden nun mal eher auf der linken Seite des politischen Spektrums angesiedelt und sind in dieser halbwegs pluralen Gesellschaft auch halbwegs akzeptiert. "Linksextremismus" aber hat - gerade



Mitglieder des "Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt" protestieren im Dezember 2007 gegen eine Sonnwendfeier von Rechtsextremisten in Eschede



aus Sicht der Elterngeneration - einen anderen Stellenwert: An dieser Zuschreibung sind vor 25, 30 Jahren berufliche Pläne, etwa die, Lehrer zu werden, zerschellt.

Und dass diverse, ehemalige "Linksextremisten" in den letzten Bundesregierungen vertreten waren und sind, ist zwar ein Treppenwitz der bundesdeutschen Geschichte - Bestandteil des Alltags dieser Gesellschaft dürften derartige "Karrieren" eher nicht werden.

Und es ist nicht nur der Stress mit Eltern. Der Nachweis von so genannten "Soft Skills" (also z.B. sozialer Kompetenz) wird in der Bewerbungskonkurrenz heute nicht nur von Arbeitsagenturen empfohlen. Und das machen Leute, die sich über längere Zeit im Bunten Haus engagiert haben - sie führen ihre Mitarbeit in Bewerbungen u.ä. auf. Selbstverständlich mit vollem Recht, denn unbestritten ist das Zentrum auch ein Terrain für kommunikative und soziale Kompetenz. In Zeiten von Google könnte jedoch ein Personalchef einfach mal nachschauen, was denn dieses Bunte Haus in Celle ist, in dem der Kandidat drei Jahre lang Veranstaltungstechnik gemacht haben will. Und schwupps stolpert er über das Adjektiv "linksextremistisch" und der Kandidat mit seiner Bewerbung.

Ein letztes Beispiel: Presse und Kommunalpolitik wundern sich immer, warum sich so wenig Leute aus dem Zentrum finden, die gern namentlich - und am besten noch mit Foto - in der Öffentlichkeit agieren. Es gibt schlicht und einfach die Befürchtung, dass jeder neu bekannte Name zur Anlage einer weiteren Akte im Landesamt für Verfassungsschutz führt. Und diese Befürchtung wäre ja nicht einmal aus der Luft gegriffen, wenn die Celler Polizei weiterhin mit ihrem Feindbild operiert.

Was ist aber nun eigentlich dieser "Linksextremismus"? Im Unterschied zum Rechtsextremismus wird man nach einer seriösen wissenschaftlichen Definition des "Linksextremismus" vergeblich suchen. Das Grundgesetz kennt den Begriff "Extremismus" nicht; dort gibt es - bezogen auf politische Parteien - den Begriff der Verfassungswidrigkeit. Die Krücke, der sich Polizei und Verfassungsschutz deshalb bedienen, lautet in etwa so: Beim Extremismus handele es sich um Bestrebungen, die auf eine - auch gewaltsame - Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik abzielen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung benennt eins der definitorischen Probleme so: "Schwierig an dieser Definition ist die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus zu Gunsten einer rein formalen Ähnlich-

keit und die Verortung des Extremismus außerhalb des demokratischen Spektrums (so als ob es ihn aus der Mitte der Gesellschaft nicht gäbe)."

Man merkt: Es ist ein Gesinnungsschwamm, mit dem da operiert wird. Ein kurzer Blick zurück: "Polizei Celle verhindert erneut Auseinandersetzungen zwischen Extremisten". Da haben wir die "formale" Gleichsetzung. Nun ist es so, dass Rechtsextremismus ein politik- und sozialwissenschaftlich einigermaßen gut bearbeitetes Phänomen ist - und die NPD als Partei sich dieses Etikett gefallen lassen muss. Was stand auf der anderen Seite: 30 vorwiegend junge Leute mit drei Transparenten. Auf diesen war zu lesen: "Die Zähne zeigt, wer's Maul aufmacht - Nazis entgegenreten!" - "Null Toleranz für Nazis / Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" - "Antifaschistische Selbsthilfe organisieren!" Die ersten beiden dieser Losungen dürfte man so oder leicht abgewandelt schon von jedem Ministerpräsidenten gehört haben. Der Aufruf zur Organisation einer antifaschistischen Selbsthilfe könnte zwar als Aufforderung zur Unterminierung des staatlichen Gewaltmonopols betrachtet werden; hier aber wäre der Entstehungskontext dieser Parole erklärend mit heranzuziehen: Das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen ist sicherlich das gravierendste Beispiel für das Versagen der Staatsmacht gegen neofaschistische Gewalt. Und es war immerhin der ehemalige Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye, der von Gegenden im Osten und auch im Westen sprach, in denen Menschen mit dunkler Hautfarbe sich ihres Lebens nicht sicher sein könnten. Da auf die Idee der Notwendigkeit einer "Selbsthilfe" zu kommen, ist nicht unbedingt abwegig. Dass damit eine - politisch motivierte - Absicht zur Aushebelung des staatlichen Gewaltmonopols gemeint sein könnte, scheint vor diesem Hintergrund einigermaßen absurd.

Aber welche Bestrebung war an diesem Samstagvormittag nun eigentlich gegen die FdGO gerichtet? Wann und wie wird im Bunten Haus an der Abschaffung eben dieser staatlichen Verfasstheit gearbeitet, ohne dass es die Mehrheit der Besucher- und NutzerInnen mitbekommt?

Scheinbar ist es egal, dass die Pressestelle der Polizei darauf keine Antwort hat. Behauptet wird ja auch nur, dass vom Zentrum ausgehende Aktivitäten "linksextrem beeinflusst" seien. Und wer ist das Subjekt der Beeinflussung? Die Fahrradwerkstatt, bestimmte Volxküchen-Teams oder die Konzertgruppe? Oder sind sie schon alle ein bisschen 129a?

Was die Polizei mit ihrer Zuschreibung verfolgt, scheint dagegen weitaus klarer. Es ist der Versuch, einen Teil der Celler Jugendbewegung zu kriminalisieren.

Über das Label "Extremisten" erfolgt zudem eine Gleichsetzung von "Linksextremisten" und "Rechtsextremisten". Alle politischen, sozialen und historischen Unterschiede werden eingeebnet. Dabei weiß selbst der niedersächsische Verfassungsschutz: "Linksextremisten greifen die in der Französischen Revolution proklamierten Werte Freiheit und Gleichheit in radikaler Zuspitzung auf und wollen den Menschen aus Abhängigkeiten befreien und jegliche

Herrschaftsverhältnisse abschaffen. Der Gleichheitsbegriff kennzeichnet den entscheidenden Unterschied zum Rechtsextremismus, der als Ideologie der Ungleichheit bezeichnet werden kann."

Doch dieser "entscheidende Unterschied" wird mit ideologischen Extremismus-Modellen aus der Welt geschafft. Rechts- und Linksextremismus hat man sich danach als entgegengesetzte Pole vorzustellen, die sich aber gewissermaßen in Form eines Hufeisens letztlich annähern. Denn beider Interesse sei die Gefährdung der Demokratie. Dieses Bild bezieht sich historisch auf die Auseinandersetzungen zwischen NSDAP und KPD in der Endphase der Weimarer Republik. Dies war in der Tat ein destabilisierender Faktor, nur: Dass die Nazis an die Macht kamen und binnen weniger Monate die Demokratie beseitigen konnten, ist dem Versagen des konservativen Milieus geschuldet bzw. in Übereinstimmung mit seinen Vorstellungen geschehen.

Die Kenntlichmachung des "Staatsfeindes" über das Etikett "Linksextremismus" hat in der Bundesrepublik Tradition: Ein Gesinnungsbestandteil, der problemlos den Nationalsozialismus überdauerte, war ein "Antibolschewismus", der 1956 im Verbot der KPD mündete. Es war das einzige Verbot einer Kommunistischen Partei in den bürgerlichen Demokratien Westeuropa (und ist im übrigen bis heute rechtswirksam - die Neugründung der DKP war verbunden mit deren Bekenntnis zur FdGO). Die sozialistische Opposition der Schüler- und Studentenbewegung der späten 1960er Jahre sah sich massiv einem durch z.B. den Springer-Konzern verbreiteten Feindbild ausgesetzt. Und die unter der Brandt/Scheel-Regierung eingeführte Berufsverbotspraxis des so genannten Radikalenerlasses vom Januar 1972 versperrte über 1000 "Linksextremen" den Zugang zum Öffentlichen Dienst, rund 130 wurden entlassen. In der historischen Phase von RAF, der Bewegung 2. Juni und den RZ bekam der "Linksextremismus" zusätzlich die Nebenbedeutung "terroristisch"; und bekanntlich wird bis heute gegen die radikale Linke gern mit dem juristischen Besteck des § 129a StGB operiert - zuletzt im Zusammenhang der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Als aktuellstes Beispiel zeigt der Austritt der frisch gewählten Juso-Chefin Franziska Droschel aus der "Roten Hilfe", wie schnell man mit dem der Rechtshilfeorganisation übergestülpten konservativen Kampfbegriff des "Linksextremismus" politisch aktive Menschen unter Druck setzen kann.

In kaum einem anderen europäischen Land gibt es unter den parlamentarischen Parteien ein solches Gedrängel um die so genannte Mitte. Es wird so getan, als gäbe es hierzulande als Lehre aus dem Nationalsozialismus einen "antitotalitären Konsens". Damit verbunden ist die Ideologie, dass die Gefahr von den Rändern ausgehe, was die "Mitte" von vornherein freispricht. Aber ist es nicht vielmehr so, dass rechtsextreme Positionen eine derart hohe Akzeptanz haben, gerade weil sie sich auf den herrschenden Diskurs der Mitte beziehen können. (Roland Kochs Wahlkampf ist nur ein Beispiel, genauso könnten die Ausfälle sozialdemokratischer Politiker gegen Erwerbslose genannt werden.)

Den Zweck der Übung hat die Historikerin Helga Grebing 1971 im Anschluss an die Kriminalisierung der Studentenbewegung so beschrieben:



"Wenn man mittels der Gleichung links = rechts, rechts = links beweisen kann, dass rechte und linke Positionen gegen die pluralistische Demokratie und für eine totalitäre Diktatur sind, hat man die Handhabe, jede Kritik am Bestehenden unter Totalitarismus-Verdacht zu stellen: Totalitäre sind dann jeweils die, die das Bestehende in Frage stellen. Das aber sind - die eigentliche Zielrichtung des Totalitarismus-Verrufs zeichnet sich ab - in Deutschland traditionell immer die Linken gewesen. Diese Konsequenz ist jedenfalls einem Denken, das auf die Identifikation von rechts und links ausgeht, immanent. Wenn rechts und links in ihrer äußersten Konsequenz auf Diktatur hinauslaufen, dann entlastet man sich von einer differenzierten Auseinandersetzung mit beiden, vor allem aber braucht man die Herausforderung der Linken nicht anzunehmen und die eigene Position unverändert als gemäßigt-fortschrittlich nur zu deklarieren, nicht aber auch inhaltlich auszuweisen. Im äußersten Falle mag sogar die Gleichsetzung von rechts und links der verschleiernenden Rechtfertigung des eigenen Angebotes von autoritär-oligarchischer Herrschaft dienen."

Noch einmal zurück zum Konkreten. Was will der Polizeibericht uns weismachen?

Es gibt nicht einen einzigen Hinweis auf politische Positionen. Behauptet wird aber die Indifferenz beider Seiten gegenüber "Gewalt". Die Tatsache, wer in den letzten 18 Jahren über 130 Menschen aus rassistischen Motiven totgeschlagen hat, muss dabei ignoriert werden. Der deutsche Rechtsextremismus gefällt sich in einer positiven Bezugnahme auf das Terrorregime des Nationalsozialismus. Die Antifa-Jugendbewegung steht dagegen für die Abschaffung gewaltförmiger Herrschaftsformen. Die einen stehen für unverhohlenen rassistische und demokratiefeindliche Positionen und die anderen für antirassistische Politik und die Abwehr neofaschistischer Gefahren.

Stellt man, wie die Polizei, die Auseinandersetzung von Nazis und Gegendemonstranten ins Zentrum der Betrachtung, will man den Rechtsextremismus zu einem Randproblem herunterdefinieren, das scheinbar nur deshalb eins ist, weil "Linksextreme" auf die Straße gehen. Das entlastet dann auf sehr schlichte Weise im übrigen sowohl die Parteien wie die Gesellschaft dahingehend, die viel beschworene (politische) Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus doch einfach der Polizei zu überlassen - wie es im Celler Wahlkampf dann ja auch weitgehend war. Heraus kommt unterm Strich: Weil es viel zu wenige aus der vielbeschworenen Mitte der Gesellschaft sind, die sich protestierend gegen den Rassismus und Nationalismus der NPD stellen, sind die wenigen, die es tun, auf einmal "linksextrem".

Interview mit Marleen, die sich an den Protesten gegen die NPD-Stände im Januar beteiligte

Was ging ab im Wahlkampf?

Im Januar war ja Wahlkampf, Du warst die Samstage in der Stadt. Was war da los?

Es gab insgesamt fünf Stände der NPD. Der erste fand am Mittwoch, dem 09. Januar statt. Es hatte sich spontan eine Gruppe von Menschen zusammengefunden, die dagegen protestierten. Am darauf folgenden Samstag war ich dann auch da. Der NPD-Stand befand sich vor Karstadt in der Reihe der Stände der anderen Parteien, zwischen FDP und CDU. Das schien auch von denen niemanden zu stören.

Wieder kam es zu einer spontanen Gegendemonstration mit rund dreißig Leuten, die laut und gewaltfrei gegen die rechte Propaganda Stellung bezogen. Selbstverständlich war auch Polizei vor Ort, sie drängte die Gegendemonstration etwa zwanzig Meter von dem Stand weg. Das war der Tag, dem der ätzende CZ-Artikel folgte: "Randale in der Innenstadt" "NPD und Antifa prügeln sich in der Innenstadt".

Fakt war, dass ein aufgebracht Passant Klaus Hellmund eine Ohrfeige verpasst hat und der sich dann fallen ließ. Dazu muss man sagen, dass die Nazis vorher Richtung Gegendemo gingen, diese bedrängten und am Transparent rissen. Nachdem die Nazis abgebaut hatten und die Gegendemo sich auflöste, kam es dann allerdings noch zu einem Übergriff der Nazis auf die abziehenden Antifas. Ein Mensch wurde mit einem scharfen Gegenstand im Gesicht so schwer verletzt, dass er im Krankenhaus genäht werden musste.

Wie verhielten sich die Leute von den anderen Ständen? Laut Cellesche Zeitung hatten die Ratsparteien ja einen gemeinsamen Plan, den sie vorher nicht verraten wollten, damit der Plan dann auch aufgeht.

Tja, gut Frage. Mir ist nichts aufgefallen von einem gemeinsamen Plan oder gar gemeinsamen Handeln. Wie gesagt, FDP und CDU standen unbeteiligt daneben, von der SPD wurde ein Plakat in der Nähe der NPD postiert, auf dem unter anderem stand, "Null Toleranz für Nazis". Von den Grünen und der Linken waren Einzelpersonen bei den GegendemonstrantInnen.

Und das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus?

Auch das war als Forum nicht sichtbar, nur Einzelne waren vor Ort bei den GegendemonstrantInnen.

Wie verliefen die anderen Samstage?

Von da an war der Nazistand in der Zöllnerstraße, das heißt die Leute der anderen Parteien hatten weniger Mühe, die Nazis nicht wahrzunehmen. Aber die DemonstrantInnen ver-

ließen zwischendurch ihren Platz in unmittelbarer Nähe des NPD-Standes, um eine Demo durch die Stadt zu machen. So wurden PassantInnen und auch die Leute von den Ständen der anderen Parteien auf die Aktionen in der Zöllnerstraße aufmerksam gemacht. Es waren jeweils um die fünfzig bis sechzig GegendemonstrantInnen am Start. Am letzten Samstag vor der Wahl unterstützten ein paar Clowns die Aktion, das kam bei den Umstehenden ziemlich gut an. Es wurden Flugblätter verteilt und mit PassantInnen diskutiert.

Und was war am Mittwoch, dem 23.01., als Andreas Molau, der Spitzenkandidat der NPD, da war?

Wieder fanden sich ein paar Leute zu einer Spontandemo zusammen. Als sie sich mit ihrem Transparent auf den NPD-Stand zu bewegten, stellte sich eine "Passantin" in den Weg. Statt mal einfach auf die Seite zu gehen, blieb sie und fühlte sich dermaßen genötigt, dass sie Anzeige bei der Polizei erstattete. Von allen Anwesenden wurden darauf hin die Personalien aufgenommen. Es stellte sich dann heraus, dass die "Passantin" eine Polizistin in Zivil war, nämlich Frau Pfeiffer, die auch schon dem Forum einen Besuch abstattete, dort aber zusammen mit ihrem Kollegen nach kurzer Zeit zum Glück gebeten wurde zu gehen. Das sieht mir aus wie ein geplanter Coup der Polizei, um alle Personalien der anwesenden DemonstrantInnen zu bekommen. Da fehlten Herrn Schomburg wohl noch ein paar Daten für seine Kartei.

Apropos Personalienfeststellung - gab es noch mehr Repressionen?

In Celle scheint es üblich, gegen die AnmelderInnen von Spontandemos grundsätzlich zu ermitteln. So ist es auch diesmal mit den AnmelderInnen. Demonstrationen sind ein absolut legitimes Mittel der Meinungsäußerung, von daher ist die Vorgehensweise schon ein dicker Hund. Ansonsten gab's Anzeigen, die Nazis fühlten sich beleidigt. Mehr weiß ich nicht. Die Vorladungen sind zum Teil schon raus. Ich kann nur hoffen, dass die Leute die letzte revista gelesen haben oder sich woanders schlau gemacht haben, damit sie wissen, was in so einem Fall zu tun ist.

Wenn's wegen Spontandemos Ermittlungen gegen die AnmelderInnen gibt, warum wurden die Demos nicht angemeldet?

Ja, wie denn? Es gab ja keine Infos darüber, wann und wo die NPD Stände macht. Die NPD hat sie nicht angekündigt und die Stadt rückt nicht mit Informationen darüber raus.

Und z.B. der Plan diverse Infostände anzumelden, um Plätze zu besetzen, wird in Celle auch nicht gerne gesehen. Beim Celler Forum wurde mal erwähnt, dass die Stadt solche

"vorbeugende" Anmeldungen nicht mehr genehmigen will. Also bleibt ja nur eine spontane Aktion, und - wie gesagt - das ist ja völlig legitim!

Nun noch die Frage, welche Nazis waren den Ständen?

Es waren "unsere Kandidaten" da, also Klaus Hellmund und Dennis Bührig, sowie der Kandidat von Uelzen aus dem Landkreis Celle, Joachim Nahtz.

Dann noch Steven Pfahl, Helge Grotejahns und einige andere.

Und wie bewertest Du die ganzen Aktionen?

Ich finde es prima, dass die NPD-Stände nicht durch Missachtung gestraft wurden, was ja immer wieder gerne vorgeschlagen wird. Durch Weggucken kann man das Problem des Rechtsextremismus nicht lösen. Durch die action, die am

Stand war, muss man die Nazis wahrnehmen und man muss sich dann auch mal einen oder zwei Gedanken dazu machen.

Aber dennoch ist es auch ein wenig frustrierend, sich die Samstage um die Ohren zu schlagen, und zu zuschauen, dass die Celler Schlägernazis sich zur Schau stellen, als wären sie



brave Demokraten. Ganz nett war noch zu sehen, wie wenig Zulauf sie hatten. Wenn nur ein Mensch weniger sich von denen voll quatschen ließ, hat sich der Aufwand schon gelohnt.

An die CZ gerichteter Leserbrief zur Vorstellung der NPD-Kandidaten in der CZ

Sehr geehrter Herr Leineweber,

mit Entsetzen haben wir feststellen müssen, dass die Cellesche Zeitung in den Ausgaben vom Mittwoch und dem heutigen Freitag den beiden Landtagskandidaten der NPD, Klaus Hellmund und Dennis Bührig, ausgiebigen Raum für eine Vorstellung gewährt hat. Uns drängt sich der Eindruck auf, dass journalistische Leichtsinnigkeit Grund für diese Veröffentlichung ist - insbesondere nachdem die CZ in jüngster Vergangenheit mit Berichten z.B. zu Verbindungen des Mandatsträgers Wilhelm Köhler zur rechten Szene oder zur Arbeit des Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus das Thema sensibel behandelt hat.

Es ist für uns unverständlich, wenn eine Heimatzeitung ausgewiesenen Rechtsextremisten und verurteilten Straftätern einen derart großen Raum im Rahmen ihrer Berichterstattung einräumt. Klar ist: Die NPD ist eine zurzeit rechtmäßig bestehende Partei. Klar ist aber auch: Die NPD vertritt im Kern ausländischer- und fremdenfeindliche Positionen und steht mit ihren Inhalten gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung an. Sie propagiert ein rassistisches Weltbild und stellt die Gleichberechtigung der Geschlechter infrage. Die politischen Positionen der sogenannten "Freien Kameradschaften" zielen dabei noch weiter in den rechten Extremismus ab.

Wir sind stolz auf den demokratischen Grundkonsens zwischen den politischen Parteien, entschieden gegen den Rechtsextremismus vorzugehen. Gerade im Landkreis Celle haben Parteien, Verbände und Institutionen bewiesen, wie es geht. Die gemeinsame Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch im Jahr 2006 hat gezeigt: In Celle ist kein Platz für Nazis.

Dieser demokratische Grundkonsens darf unserer Meinung nach nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, indem die einzige örtliche Tageszeitung den Rechtsextremisten Raum zur Selbstdarstellung bietet. Diese Art der Berichterstattung spielt den Nazis in die Hände: Sie wännen sich in der Mitte der Gesellschaft und bekommen Gelegenheit, ihre Thesen einem breiten Publikum zu präsentieren. Konkret: Wenn die NPD-Programmatik einer breiten Öffentlichkeit - ob kommentiert oder unkommentiert - dargestellt wird (z.B. mit der Überschrift, "NPD-Kandidat fordert Muttergehalt"), läuft eine Zeitung wie die CZ Gefahr, der NPD etwas zu verschaffen, was wir alle nicht wollen können: Wählerstimmen.

Wir appellieren daher an die Cellesche Zeitung und laden Sie herzlich ein, sich am Engagement gegen den Rechtsextremismus in besonderer Weise zu beteiligen - vor allem durch eine vorausschauende Berichterstattung, die Rechtsextremisten keinen Platz und rechte Parolen nicht unkommentiert lässt. Dabei geht es nicht um die Preisgabe journalistischer Objektivität, sondern vielmehr um das klare Bekenntnis einer Heimatzeitung zu Toleranz, Gleichberechtigung und Demokratie. Andere Zeitungen machen es vor: Die Hannoversche Allgemeine Zeitung beispielsweise verzichtet gänzlich auf eine Berichterstattung über Rechtsextremisten und die NPD.

In diesem Sinne: Kein Fußbreit den Faschisten!
Mit freundlichen Grüßen
gez. Maximilian Schmidt
gez. Sören Klose

(Der Leserbrief wurde in der CZ nicht veröffentlicht)

Wer mit einem Leserbrief zu lokalen Themen bei der CZ nicht landen konnte, könnte es ja bei uns versuchen

Rechtsrockkonzert – keine Gefahr

Verrückte Welt - manchmal würde man Celles Polizeichef Schomburg ja wünschen, dass eine seiner Maßnahme klappt. Aber: Vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg erwies sich die von ihm angeordnete Auflösung eines Neonazi-Konzerts im September 2006 als rechtswidrig. Seinerzeit sollten im Vereinsheim der Neustadt-Altenhäuser Schützen einige Rechtsrockbands auftreten. Organisator des geplanten Konzerts mit u.a. der Rechtsrockgruppe "Legion of Thor" war Andreas Nickel aus Salzwedel; der Pächter des Vereinslokals, Rüdiger Räke, betrieb seinerzeit auch die "Bayrische Botschaft" in der Altstadt, die als Treffpunkt von Kameradschaftsnazis diente. Das Verwaltungsgericht Lüneburg entschied jetzt im Februar nach Klage des Veranstalters, dass die Polizei eine "konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" nicht nachweisen konnte. Die bloße Möglichkeit der Störung der Sicherheit reiche nicht. Rechtsrockmusik als solche sei in diesem Sinne keine Gefahr. Gegenüber der CZ erklärte der Richter Wolfgang Siebert, er gehe davon aus, dass der Kläger weitere Veranstaltungen plane - wie die Zeitung vermutete, wohl auch im Landkreis Celle.

Menschen anderen Blutes

Der Kampf gegen Rechtsextremismus treibt merkwürdige Stil-Blüten. Der Celler Kurier berichtete Anfang des Jahres über eine SPD-Veranstaltung zur Sicherheitspolitik in Bergen. Dabei ging's wohl auch um politischen Extremismus, wobei der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Heiner Bartling den Unterschied von Links- und Rechtsextremismus so deutlich gemacht haben soll: "Der Unterschied zu den Rechtsextremen sei jedoch die Ideologie letzterer, die sich das Recht nahmen, Menschen anderen Blutes zu töten, so

Bartling." Uuups. Der Artikel endet im direkten Anschluss mit einem Zitat des Landtagsabgeordneten Rolf Meyer: "Die Abgrenzung zu Rechtsaußen müssen wir immer vollziehen, das ist unsere alltägliche Aufgabe." - Wenn ein Redakteur tatsächlich aber meint, Bartling ein "Menschen anderen Blutes" in den Mund legen zu können, kann man nur sagen: Da muss die SPD noch üben.

Otte's Moral

Als Ende letzten Jahres Millionen von Millionengewinnen träumte, weil im Lotto-Jackpot über 40 Millionen aufgelaufen waren, machte sich Celles CDU-Bundestagsabgeordneter Hennig Otte Sorgen: "Ein Lotto-Jackpot von 43 Millionen Euro oder vielleicht noch mehr ist nicht vertretbar", meinte er - und: "Ein Höchstgewinn von 5 Millionen Euro reicht aus, alles was darüber hinausgeht, sollte in anderen Gewinnklassen verteilt werden, damit alle Lottospieler etwas davon haben."

Wir fahrn, fahrn, fahrn

Wild-West gefällig? Eine Autobahn für Celle brachte der FDP-Landtagsabgeordnete Bode im Wahlkampf in Gespräch. Von Walsrode aus soll eine "verlängerte A 27" durch den Landkreis Celle bis zur A 39 nach Wittingen führen. Dass es dabei durch einige Naturschutzgebiete geht und man sich schon fragen könnte, was man in Wittingen soll - egal. Wenn sie denn fertig wäre, könnte Bode für den Bundestag kandidieren und käme dann flott von Groß-Hehlen an seinen Berliner Arbeitsplatz. Nachdem der FDP'ler ankündigte, seine Autobahnvorstellungen in die Koalitionsverhandlungen einzubringen, fand er einen Unterstützer in OB Biermann. Der nahm sich eine Autokarte, einen Filzschreiber und skizzierte gleich mal eine Streckenführung bis Berlin. Dem Rat legte er einen Resolutionsentwurf vor, mit dem die Landesregierung dann mit den Stimmen

von CDU und FDP aufgefordert wurde, entsprechende Planungen zu beginnen. Die SPD enthielt sich und die Grünen und Andreas Hauptmeyer (BSG) stimmten dagegen. Die "Biermann-Trasse" (CZ) liegt noch enger als Bodes an unserem pulsierenden Zentrum der Südheide, touchiert Scheuen, und führt an Alvern und Lachendorf vorbei in den Osten. - In den Koalitionsvertrag fand folgende Passage Eingang: "Bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans wird sich die Koalition für einen größeren Anteil Niedersachsens am Investitionsvolumen und die Aufnahme neuer Verkehrsprojekte einsetzen." Wie man bei dieser Formulierung auf die Idee kommen kann, die A27 sei im Koalitionsvertrag "verankert", ist schon rätselhaft. Jörg Bode und die CZ wollen es uns aber so verkaufen.

Zigeunerbesen

Mit einem so genannten Zigeunerbesen versuchte die Pächterin des Winsener Campingplatzes Anfang des Jahres Sinti und Roma von ihrem Platz fernzuhalten. Für dieses rassistische Symbol musste ein am Zaun kopfüber in den Boden gesteckter Reisigbesen herhalten. Für Angehörige der so diskriminierten Gruppe war die Bedeutung des Besens sofort klar. Die Pächterin gestand offen ein, den vermuteten Zweck zu verfolgen. Die CZ berichtete kritisch. Immerhin zeigten sich Politiker von CDU, SPD, FDP und Grünen entsetzt - und der Besen verschwand.

Tod in Polizeizelle

Mitte Dezember starb ein 49-jähriger Mann in einer Zelle der Polizei in der Jägerstraße. Sturzbetrunken hatten ihn Beamte nachmittags auf dem Weihnachtsmarkt aufgegriffen und in die Ausnüchterungszelle gesteckt. Der Mann starb in der Zelle durch die Alkoholvergiftung; die Obduktion ergab über 4 Promille. Nachdem die Staatsanwaltschaft zunächst keinerlei

Ermittlungen meinte einleiten zu müssen. Erst die Berichterstattung der CZ führte scheinbar zu einer genaueren Untersuchung. Warum z.B. ist der Mann nicht ins Krankenhaus gebracht worden, wo er doch scheinbar so betrunken war, dass mit ihm kein Alkoholtest mehr durchzuführen war? Vorwürfe der fahrlässigen Tötung oder der unterlassenen Hilfeleistung seien aber gegenstandslos, meinte Oberstaatsanwalt Bernd Kolkmeier. Allerdings sah er eine Pflichtverletzung der Polizeibeamten, da eine stark angetrunkene Person vor ihrer Einlieferung in eine Gewahrsamzelle einem Arzt hätte vorgestellt und ihr Zustand halbstündig hätte kontrolliert werden müssen. Beides sei nicht geschehen. Der Pressesprecher der Celler Polizei kündigte an, künftig im Umgang mit Angetrunkenen besonders aufzupassen. Für den Verstorbenen kommt diese Einsicht zu spät.

PEC in Scheuen

Der kurdischen Verein "Plattform ezidischer Celler" (PEC) hat das ehemalige Soldatenheim in Scheuen als Veranstaltungszentrum gekauft. Dort sollen künftig die Feiern der sich diesem Spektrum der Kurden zurechnenden Familien stattfinden. Daneben wird es weiterhin das Ezidische Kulturzentrum (EKZ) in Westercelle geben, dem sich ein anderes Spektrum der kurdischen Community zurechnet.

Satte Hunde ...

Mit erstaunlichen "Argumenten" hat die CDU im Januar das Ansinnen der SPD abgelehnt, den Preis für das Kindergarten- und Schulesen für sozialschwache Familien von drei auf einen Euro zu reduzieren: Die CDU glaube nicht daran, so ihr Ortsverbandsvorsitzender Heiko Gevers, dass nicht auch Hartz IV-Empfänger ihren Kindern ein Essen für drei Euro am Tag kaufen könnten. Er regte sich über die Forderung der BSG nach Erlass der Hundesteuer für Langzeiterwerbslose

auf meinte gegenüber der CZ: "Ein Hund verursacht nicht nur pro Tag 18 Cent Steuern, sondern er braucht aus was zu fressen, wofür auch bei sozial Schwachen dafür offenbar das Geld da ist. Und dabei sollen Kinder aus sozial-schwachen Familien nichts zu essen haben? Das finde ich aber langsam happig." (CZ, 08.01.2008) Für Kinder bis zum 15 Lebensjahr beinhaltet der Regelsatz 2,28 Euro für Ernährung. Logisch: Kann man locker 3 Euro am Tag von zahlen - aber ja eigentlich nur, wenn man am Wochenende vom geklauten Hundefutter mal was für die ganze Familie macht und morgens das Kind hungrig zur Schule und abends ebenso ins Bett schickt. - Währenddessen entwickelt die Erste Stadträtin Schmitt erstaunliche Mitmach-Modelle für das Essen an den Ganztagsgrundschulen: "Wir sind dabei, ein Konzept zu entwickeln, das sicherstellt, dass kein Kind hungern muss. Alle Kinder, die bedürftig sind, sollen kostenlos essen können", teilte sie der CZ mit. Und weiter: Die öffentlichen Zuschüsse könnten die Eltern dann ja in irgendeiner Form an der Schule abarbeiten.

Arbeitslosen- Initiativen gründen Netzwerk

Rund 40 Vertreter von 26 Selbsthilfeeinrichtungen und Beratungsstellen gründeten Anfang Februar in Celle das "Bündnis Arbeitssuchender Niedersachsen" (BAN). Ziel sei es, gemeinsam eine Lobby zu bilden, sagte der Leiter des Diakonischen Werkes in Celle, Horst-Peter Ludwigs. Bei weiteren Treffen werde es unter anderem um die Auswirkung von Arbeitslosigkeit auf Kinder und um die Probleme Erwerbsloser mit den Behörden gehen, kündigte Ludwigs an. Zu den Forderungen des Bündnisses aus Selbsthilfegruppen, gewerkschaftlichen Initiativen und der Diakoniesozialarbeit gehörten kostenfreies Schulesen und Lernmaterialien sowie eine Abschaffung von Studiengebühren für die Kinder Erwerbsloser. Landkreise und Städte

würden aufgefordert, Armuts- und Reichtumsberichte zu erstellen und einen kostenlosen Sozialpass einzuführen. Aus Celle dabei: sozial in celle (sic!), Arbeitslose Bürger in Celle (abc), Diakonisches Werk und die Erwerbslosenstammtische aus Winsen und Unterlüß.

AA-Sanktionen in der Kritik

Wolf Wallat, SPD und Vorsitzender des Sozialausschusses des Kreistages, erhob im Februar schwere Vorwürfe gegen die Agentur für Arbeit. Sie nutze ihren Spielraum bei Sanktionsmaßnahmen zu Lasten der Betroffenen. Anlass für die Kritik war die drastisch gestiegene Zahl von Leistungskürzungen: Waren 2006 noch 2,8 Prozent aller Empfänger von ALG II-Leistungen sanktioniert worden, waren es im letzten Jahr 3,3 Prozent. Ein Anstieg um 18 Prozent. Eine genaue Zahl der gerade aktuell Betroffenen wusste der Leiter der Celler Agentur für Arbeit, Genz, nicht zu nennen. Er nannte Wallats Kritik "unverantwortliche Angstmache". Angst allerdings macht den Betroffenen in der Tat eher die Kürzungswut der Agenturmitarbeiter. - Bundesweit stieg die Quote von 1,9 (2006) auf 2,7 Prozent (2007). Schuld daran ist im übrigen auch die von der CDU/SPD-Bundesregierung zu verantwortende Gesetzesverschärfung zum 1.8.2006. Dazu gehörten u.a. die so genannten "Sofortangebote" für neue Antragsteller. Dabei geht es nicht um sozialversicherungspflichtige Jobs sondern um Trainingsmaßnahmen und die so genannten Arbeitsgelegenheiten, also die Ein-Euro-Jobs. Wer solch tolle "Sofortangebot" ablehnt, erhält eine Kürzung der maßgeblichen Regelleistung um 30 % für drei Monate.

China - nur noch Kohl

Was macht eigentlich die China-Beauftragte? Diese Frage stellten wir uns eigentlich bei jedem neuen Heft. Jetzt ist die Antwort da: Bald wohl

nichts mehr. Denn die großmundige Einstellung einer städtischen Beauftragten für China-Kontakte im Jahr 2004 hat sich als der Flop erwiesen, den wir schon in unserer Ausgabe 25 mutmaßten. Im Wirtschaftsausschuss stellte die China-Expertin zuletzt ihrer Jahresbericht für 2007 vor. Die Mitteilungsvorlage der Verwaltung bestand aus einer Seite. Dieses von OB Biermann forcierte China-Abenteuer hat den Steuerzahler über eine viertel Million Euro gekostet.

Gut – Schuss

Die Schützengesellschaft Altenceller-Vorstadt hat es tatsächlich auf der jüngsten Jahreshauptversammlung geschafft, eine Satzungsänderung vorzunehmen, die Frauen erstmals die Mitgliedschaft im Verein ermöglicht. Es ist nicht bekannt, dass sich der Rat bei der finanziellen Förderung jemals daran gestört hätte. (Aber im Grunde genommen: Ist's denn wirklich irgend ein Vorteil, wenn eine weitere uniformierte "Damengruppe" durch die Straßen marschiert?)

Ostumgehung – ab in den Osten

Sie sind zwar nicht gegen die Ostumgehung, aber weiter in den Osten soll sie schon. Das meinen rund 150 Einwohner aus Altenhagen, Lachtehausen und Hehlentor, die sich im Februar zu einer Veranstaltung der "Interessengemeinschaft Alternative Ostumgehung" zusammenfanden.

Gedo – Nuja?

Zentro Celle - die vollmundige Ankündigung einer angepassten "Alternative" zu DEM Einkaufszentrum in der Altstadt ist vom Tisch; die Akteure melden sich seit langem kaum noch zu Wort. Jetzt ist der Projektentwickler GEDO am Start, der in scheinbar bester Kooperation mit

Karstadt dessen Flächen zwischen Südwall und Bergstraße mit einer innerstädtischen Einkaufsgalerie bebauen will. Die Interessen Karstadts scheinen auch deshalb gut bedient, weil GEDO in Sachen Elektronik bisher mit Expert nur einen Anbieter aus der Zweiten Liga zu bieten hat. Zwar soll H&M kommen, aber ohne Media-Markt/Saturn geht die bisher verkündete Logik wohl kaum auf. Die bestand darin, dass nur mit solchen Zugpferden soviel zusätzliche Kaufkraft in die Altstadt fließen könne, um auch die Kleinen überleben zu lassen. Wegen eines zusätzlichen "Expert"-Angebots kommt kein Uelzener nach Celle und kaum ein Celler wird auf den Weg nach Hannover verzichten, wo's um Technik geht. Die CDU und OB Biermann sitzen in der Klemme: Sie setzten auf GEDO, aber die Zweifel der Kleinen steigen. Zumal GEDO zuletzt auch noch den Mode- und Gastronomiebereich von der Fläche her ausweiten wollte. Ein Gutachten soll jetzt die "Verträglichkeit" ermitteln.

Ver.di Warnstreik

Gut 250 TeilnehmerInnen folgten am 21. Februar dem Aufruf der Gewerkschaft Ver.di zu einer "Warnstreik"-Demonstration für acht Prozent mehr Lohn. Kein allzu schlechter Start, denn vor zwei Jahren kamen auf dem Höhepunkt des Streiks so viele zu einer Kundgebung zusammen.

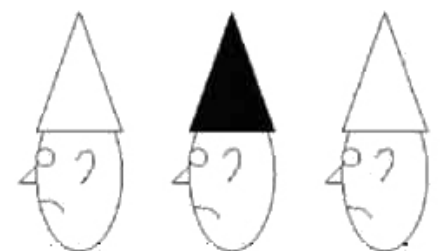
Dachschaden

Celle soll ja Festspielstadt werden - und so Bad Hersfeld, Hildesheim und Oberammergau Konkurrenz machen. Dass ganze soll im Schlossinnenhof statt finden - und der braucht dafür dann ein Dach, weil: Ist ja kein Rockfestival, sondern bestenfalls Ba-Rock. Dieses Dach nun hat, bevor's überhaupt in die konkrete Planung, geht für mächtig Krach gesorgt. Die Intendantin des Schlosstheaters, Karin Veit, sieht ihre Spielstätte durch die langwierige Bauphase gefährdet. Parallel zu Glasdachbau soll eine Sanierung des

Theatersaals erfolgen. Gespielt werden soll in der Bauphase in der Union. Darüber hat sich die Intendantin mit dem Theatervorstand angelegt, der durch die Mäuler von OB Biermann und Landrat Wiswe via CZ eine Kündigung der Intendantin ins Gespräch brachte.

Dabei hat der Bedachungsplan ja in der Tat noch vielerlei Haken: Aus denkmalpflegerischen Gründen darf eine wie auch immer geartete Überdachung z.B. die Fassade des Schossgebäudes nicht berühren; aus sicherheits-technischen Gründen (das Publikum ist im Brandfalle im Schlosshof "gefangen") können - bei fester Bestuhlung - maximal 500 Menschen den "events" bewohnen; die Wartung des freistehenden Daches bedarf einer aufwendigen - und damit teuren- Service-Einrichtung; schließlich: Wie oft sollen oder können überhaupt im Schlosshof Veranstaltungen stattfinden? Wer geht schon im September zu einem Open-Air mit Bach-Kantaten, oder soll der Schlosshof wegen der steigenden Temperaturen etwa ganzjährig bespielt werden?

Eine Bestandsgefährdung des Theaters sieht im übrigen auch der Betriebsrat. Eine längere Spielstättenverlegung würde zwangsläufig mit Einnahmeeinbußen einhergehen - Arbeitsplatzabbau und Qualitätsverlust wären die bekannterweise drohenden Folgen. - So nebenbei wurde in dem Streit um die Intendantin auch erst deutlich, dass das Festival, von dessen Inhalt man bisher übrigens kaum etwas hörte, wohl durch die Theaterintendantin gestaltet werden soll. Unklar ist, ob die unumgängliche Subventionierung des Festivalbetriebes dann auf Kosten des Theaters geht usw. usw. Aber eins weiß man ja in Celle: Ein Dach muss her, weil's dafür ja die europäischen "Ziel-1"-Mittel gibt.



„Wird Deutschland ein Links-Staat?“



Einer kaum mehr zu hinterfragenden Tradition gemäß schauen wir auch dieses Mal zurück auf die Ergebnisse der Landtagswahlen. Denn obwohl Teile der Redaktion der Auffassung sind, das Wahlen nichts ändern, halten wir doch das

Wahlverhalten der Bevölkerung für einen Indikator politischer Verhältnisse. Dabei geht es uns im übrigen immer um den Blick auf die Situation vor Ort.

Das wichtigste Ergebnis der Landtagswahl verkündete ja die BILD-Zeitung: "Wird Deutschland ein Links-Staat?" Was immer das sein mag - wir prophezeien mal: In den nächsten 5 Jahren nicht. Was die Zeitungsredaktionen so entsetzte, auch die an der Bahnhofstraße im übrigen, war das passable Ergebnis der Partei "Die Linke". Landesweit kam man mit 7,1 % (der abgegebenen gültigen Stimmen) in den Landtag; in Celle gab's 6,4 % in der Stadt und 5,8 % im Landkreis. Damit hatte sie nach absoluten Stimmen die Nase sogar knapp vor den Bündnisgrünen.

Das landesweite Ergebnis weist zwar ein Minus der Koalition von CDU/FDP von rund 6 %-Punkten gegenüber 2003 aus, zum Regieren reicht es aber allemal. Die Sozialdemokratie stürzte auf ihr schlechtestes Ergebnis in Niedersachsen.

	2008	2003
CDU	42,5	48,3
SPD	30,3	33,4
FDP	8,2	8,1
GRUENE	8,0	7,6
LINKE	7,1	0,5
NPD	1,5	---
UNGUELTIG	1,5	1,3
Beteiligung	57,0	67,0

Durch die geringere Wahlbeteiligung haben alle bisher im Landtag vertretenen Parteien bei den absoluten Stimmen massive Einbußen erlitten: rund 470.000 bei der CDU, knapp 300.000 bei der SPD, rund 44.000 bei der FDP und 30.000 bei den Bündnisgrünen. Das schmälert nicht nur zusehends die Legitimation, es mindert auch die Einnahmen durch die Wahlkampfkostenrückerstattung - sie bringt eben 0,85 Euro pro für die Partei abgegebener Stimme.

Beim Blick auf die lokalen Ergebnisse im Wahlkreis Celle/Hambühren zeigt sich ein ähnliches Bild:

	Stimmen 2008	In % 2008	Stimmen 2003	In % 2003
CDU	15.915	44,8	22.282	51,0
SPD	9.612	27,0	12.676	29,0
FDP	3.612	10,2	3.993	9,1
GRUENE	2441	6,9	3163	7,2
LINKE	2259	6,4	212	0,5
NPD	890	2,5	---	---

Die Wahlbeteiligung sank gegenüber 2003 von 63,9 auf 51,9 %. Die Stadt Celle liegt damit auf dem fünftletzten Platz von 87 landesweiten Wahlkreisen.

Im Wahlkreis Bergen, der den restlichen Teil des Landkreises umfasst war die Wahlbeteiligung nur leicht besser. Sie sank von 69,1 % auf 56,5 %.

	Stimmen 2008	In % 2008	Stimmen 2003	In % 2003
CDU	19411	48,9	25751	53,8
SPD	10171	25,6	13774	28,8
FDP	3.337	9,2	4.051	8,5
GRUENE	2225	5,6	2664	5,6
LINKE	2286	5,8	169	0,4
NPD	945	2,4	---	---

Insgesamt bestätigten sich die trostlosen Celler Verhältnisse: Die CDU ist im Landesvergleich ebenso wie die FDP nach wie vor überdurchschnittlich, die SPD und die Grünen unterdurchschnittlich - dass die SPD nicht mal mehr 30 % der gültigen Stimmen auf sich versammeln kann, hat aber auch damit zu tun, dass DIE LINKE im Landesvergleich gar nicht einmal so übel dasteht. In unserer Redaktion hätte ihnen niemand die jeweils über 2000 Stimmen zugetraut.

Das beste Ergebnis hat DIE LINKE im innerstädtischen Wahllokal "Stadtbibliothek" mit 12,1 % - hier hat die SPD 22,9 % und die Grünen 8,2 %. Drittstärkste Kraft ist DIE LINKE in den Wahlbezirken "28 Hölty" (10,8 %), "25 Hölty" (9,4 % - dort hat die NPD 6,1 %), "24 Hölty" (8,8 %), "Kita Kock Haus" (10,7 %), "49 AWO Kita" (10,2 %) sowie "Dorfgemeinschaftshaus Hustedt" (7,3 %). Dies ist ein deut-

licher Verweis darauf, dass DIE LINKE tatsächlich in den Quartieren punktet, wo das neue Prekariat lebt - und "Hustedt" kann als Verweis dafür gelten, dass auch die Gewerkschaftslinken diesmal ihr Kreuz bei der Lafontaine-Partei gemacht hat.

Die SPD landete übrigens in keinem einzigen Wahllokal mehr auf Platz 1; dieser ging durchgängig an die CDU. - Unser Lieblingswahllokal ist wie immer Boye: CDU (52,3), FDP (24,1), SPD (15,4), Grüne (3,9), FW (1,5), DIE LINKE (1,2) NPD (0,7). Das Besitzbürgertum weiß halt, sein

Klasseninteresse tatsächlich an jene Parteien zu delegieren, die es vertreten.

Die NPD hat leider sowohl in der Stadt wie im Landkreis den befürchteten "Erfolg" gehabt. Der Wahlkreis Celle-Stadt ist der fünftbeste im landesweiten NPD-Vergleich; der Wahlkreis Bergen der siebtbeste. Dass diese Ergebnisse mit Kameradschaftsnazis als Direktkandidaten erzielt wurden, sollte eigentlich jedem auch auf der Ebene von Bevölkerungszustimmung deutlich machen, dass Celle leider eine Hochburg des Neofaschismus ist.

Schwermetallbelastung an der Aller

Alles ist vergiftet



Als ziemlich leichtfertig muss man wohl den bisherigen Umgang der Kreisverwaltung mit den beunruhigenden Schwermetallbelastungen in den Allerauen bezeichnen. Ende letzten Jahres waren die Ergebnisse von Bodenproben des Landesamtes für Bergbau, Energie und

Geologie bekannt geworden, die die Grenzwerte der Bodenschutzverordnung zum Teil erheblich überschritten. Die Ursache: Aufgrund der früheren Bergbautätigkeit im Harz sind die dort entspringenden Flüsse mit Schwermetallen belastet. Über Jahrhunderte hinweg hat die Oker vor allem Cadmium aus dem Harz heraustransportiert, das sowohl im Sediment des Flusses als auch in den Flussauen, die häufig überschwemmt wurden, abgelagert ist. Nach der Einmündung der Oker in die Aller findet sich die Problematik auch im weiteren Verlauf dieses Flusses.

Die Cellesche Zeitung führte in den vergangenen Wochen zusätzlich eigene Proben durch, die dem kritischen Betrachter bestätigen: Fast alles ist "vergiftet".

13 Bodenproben wurden zwischen Müden und Celle die Aller aufwärts bzw. am alten Okerverlauf genommen. Ausgewertet wurden die Belastungen mit Cadmium, Zink und Blei. In Ost-West-Richtung ergaben sich folgende Ergebnisse (siehe Tabelle).

Die Bundes-Bodenschutz-Altlastenverordnung (BBodSchV) gibt nun Richtwerte vor, wobei Vorsorge-, Prüf- oder Maßnahmewerte unterschieden werden.

Bei Überschreitung eines Maßnahmewertes sind z.B. Nutzungseinschränkungen, Bodenabtrag etc. zur Gefahrenabwehr in Bezug auf das betroffene Schutzgut (z.B. menschliche Gesundheit) zu ergreifen. Bei Cadmium beträgt dieser Maßnahmewert für Nutzgärten 0,04 mg/kg. Schaut man

	Cd	Zink	Blei
Langlingen 1	7	370	99
Langlingen 2	<0,04	150	<0,1
Hohnebostel	<0,4	9	3
Strandbad Flotwedel	<0,4	55	5
Nordburg 1	0,04	190	<0,1
Nordburg 2	1,1	540	180
Schepelse	<0,4	50	20
Sandlingen	0,4	290	190
Paulmannshavekost	<0,04	230	0,69
Oppershausen	1,9	240	76
Altencelle	<0,4	52	32
Bockelskamp	2,8	480	130
Celle, Fritzenwiese	0,9	280	180

auf die Tabelle, lässt sich feststellen: 10 der 13 Proben überschreiten diesen Wert. Der Anbau stark Cadmium-anreichernder Pflanzen ist auf diesen Flächen höchst problematisch: Neben sämtlichen Küchenkräutern gehören auch Mangold, Endivien und Sellerie dazu. - Der Landkreis Goslar warnt in seinen "Anbau- und Verzehrempfehlungen" für Kleingärtner vor der Verwertung allen Gemüses, wenn mehr als 0,4 mg/kg Cadmium im Boden vorgefunden werden.

Neben Cadmium ist vor allem Blei ein für Pflanzen äußerst problematisches Schwermetall. Der so genannte Prüfwert, bei dem eine schädliche Bodenveränderung vermutet werden muss, liegt hier bei 0,1 mg/kg. 11 der 13 Proben überschreiten diesen Wert. In hohem Maße Blei anreichernde Pflanzen sind zum Beispiel Erdbeeren, Stachel- und Johannisbeeren, Möhren und Petersilie.

Bei der Probe in der Fritzenwiese betrug der Cadmiumwert 0,9 mg/kg und der Bleiwert 180 mg/kg. Es liegen mithin Überschreitungen um das 20- bzw. 1800-fache vor. Auch die Obstbaumwiese des NABU in Paulmannshavekost

ist mit einem Bleiwert von 0,69 mg/kg Blei hochgradig belastet. Steinobst, Birnen und Äpfel sollen im Falle einer Bleibelastung nur in begrenztem Umfang gegessen werden. "An apple a day keeps the doctor away" könnte sich hier ins Gegenteil verkehren.

Blei stört die Entwicklung des kindlichen Nervensystems und kann bei erhöhter Aufnahme auch verschiedene Störungen beim Erwachsenen verursachen (Blutbild, Magen-Darm, Muskulatur, Nervensystem). Cadmium kann grundsätzlich zu einem erhöhten Risiko der Erkrankung an bösartigen Tumoren - insbesondere Nierentumoren - führen. Auch allgemeine Schädigungen der Nieren mit Zunahme von Hochdruckkrankheiten des Herz-Kreislaufsystems sind zu befürchten. - Zink ist nicht unbedingt ein gesundheitsgefährdender Faktor, aber: Bei einer Überschreitung des "Vorsorgewert für Landwirtschaft" (150 mg/kg) hat sich die Bodenqualität besorgniserregend verschlechtert - acht der 13 Proben überschreiten diesen Grenzwert.

Die Berichterstattung in der Celleschen Zeitung spielte die Brisanz der Proben herunter. Für unterschiedliche Nutzungsarten wie z.B. Kinderspielflächen oder Wohngebiet bzw. Nutzgarten, Landwirtschaft oder Grünland wurden jeweils unterschiedliche nutzungsbezogene Prüf-, Maßnahme- oder Vorsorgewerte ausgewiesen. Der beprobte Garten an der

Fritzenwiese wird in der CZ z.B. als "relativ unbelastet" eingestuft, was aber eben nur funktioniert, weil man die Prüfwerte für ein Wohngebiet zugrundelegt. Würden im Garten, wie auf etlichen anderen Grundstücken in der Fritzenwiese Gemüse angepflanzt oder Johannisbeeren geerntet, müsste man die Ergebnisse als katastrophal ansehen. Und selbstverständlich sollte man künftig in Allernähe auf das Sammeln von Wiesenpilzen oder Wildkräutern verzichten.

Die Kreisverwaltung teilte in einer Sitzung des Umweltausschusses Ende Februar mit, dass beabsichtigt sei, pflanzliche Lebensmittel mit Erntebeginn 2008 und tierische Lebensmittel (ab dem 2. Quartal 2008) am Beginn der Lebensmittelkette im Kreisgebiet (Mühlen, Genossenschaften, Getreidelager, Schlachtstätten usw.) zu beproben und auf Schwermetalle (insbesondere Cadmium) labortechnisch untersuchen zu lassen. Insbesondere sollen solche Lebensmittel beprobt werden, die bekanntermaßen Schwermetalle in bedeutsamer Menge aufnehmen können wie z.B. Weizen und Innereien. - Dass allerdings der Leiter des Kreisveterinär- und Verbraucherschutzamtes, Dr. Heiko Wessel, in der Sitzung meinte, den Kleingärtner mit Rauchern vergleichen zu können ("Jeder hat seine eigene Verantwortung - wie die Raucher"), beschreibt in gewisser Weise tatsächlich den Wahnsinn: "Gemüseverzehr kann tödlich sein."

Leserbrief

Zurück zur Söldnerarmee?



Die in Deutschland erstmals 1814 in Preußen geschaffene allgemeine Wehrpflicht, bei der alle wehrfähigen Bürger Wehrdienst zu leisten haben, will die staatsbürgerliche Verpflichtung erzwingen, den eigenen Staat zu verteidigen. Darauf basiert auch die im Grundgesetz (Art. 12a) verankerte Pflicht zum Dienst in

den Streitkräften, womit sichergestellt werden soll, dass das Bundesgebiet im Ernstfall grenznah verteidigt werden kann. Dem entspricht die Regelung im Grundgesetz (Art. 115a) mit seiner Klarstellung, wann es ernst wird, nämlich im "Verteidigungsfall", d.h. wenn "das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht." Auf diesen Grundlagen ist seit 1954 eine deutsche Verteidigungsarmee geschaffen worden. Die Idee der Wehrpflicht ist im neuen Jahrtausend durch rechtlichen und politischen Druck ins Wanken geraten, nachdem bereits ein Bundespräsident Position bezogen hatte: "Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Einschnitt in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers, dass sie der Staat nur fordern darf, wenn es dessen äußere Sicherheit wirklich notwendig macht. Sie ist kein allgemein gültiges, ewiges Prinzip, sondern auch Abhängig von der konkreten Sicherheitslage. Ihre Beibehaltung oder

Abschaffung müssen sicherheitspolitisch begründet werden." Auch der Bundestag der SPD 2007 hat sich hiermit auseinandergesetzt und eine Art freiwillige Wehrpflicht beschlossen: "Wir setzen deshalb auf eine Fortentwicklung der Wehrpflicht, unter Beibehaltung der Musterung und Wehrgerechtigkeit, die die Möglichkeit einer flexiblen Bedarfsdeckung des erforderlichen Bundeswehrpersonals mit einer Stärkung des freiwilligen Engagements in der Bundeswehr verbindet. Wir streben an, zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen."

Knackpunkt: Die außen- und sicherheitspolitische Lage hat sich in Europa entscheidend verändert. Es gibt keine Kräfte, die das Bundesgebiet mit Waffengewalt angreifen wollen, und damit keinen "Verteidigungsfall" mehr. Deutsches Militär interveniert außerhalb des Bundesgebiets in Krisensituationen als "friedenssichernde Maßnahme", wozu sich die "westliche Wertegemeinschaft" aus "humanitären Gründen" berufen fühlt. Die Praxis hat den "Verteidigungsfall" durch Intervention ersetzt, womit die Bundeswehr zur Interventionsarmee umfunktioniert worden ist. Wegfall der Verteidigung des eigenen Staatsgebiets entzieht der Wehrpflicht aber ihre Grundlage. Die Bürger haben nicht mehr ihren Staat zu verteidigen. Sie sollen in anderen

den "Frieden sichern". Dies ist aber nicht Aufgabe deutscher Staatsbürger. Wenn man meint, dafür Militär zu benötigen, wäre logische Konsequenz, Bürger einzusetzen, die freiwillig zum Waffendienst bereit sind, womit bei Abschaffung der Wehrpflicht der Weg zur Berufsarmee frei würde.

Auch bei den jüngsten, der Bevölkerung als "Verteidigung" schmackhaft gemachten Kriege geht es um Ressourcen und Märkte, vor allem um Öl und Erdgas: in Afghanistan Sicherung der Rohstofftransporte aus Zentralasien zum pakistanischen Ufer des Indischen Ozeans, im Irak gesicherte Ölversorgung. Damit die westliche Führungsmacht USA diese Ziele erreichen kann, bedient sie

sich einer "Koalition der Willigen", was der Aktion den Anstrich eines "gerechten Kriegs" geben soll. Um andere nationale Interessen durchzusetzen, bedarf es aber keiner Armee eigener Staatsbürger. Jede Person kann unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit militärische Dienstpflichten übernehmen, wozu auch Auslandseinsätze gehören. Bietet sich nicht durch Wegfall eigener nationaler Interessen der Weiterbau des Wegs an zur alten Söldnerarmee, in der Berufssoldaten nicht als "Vaterlandsverteidiger" dienen und kämpfen, sondern das Kriegshandwerk für Sold erledigen? Die französische Fremdenlegion ist aktuelles Beispiel dafür.

Hans Steuernagel

Kongress in Hannover

Truppen raus aus Afghanistan!



Am 7./8. Juni findet in Hannover ein internationaler Afghanistan-Kongress statt; Motto "Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan!". Interessierte sollten

sich das Wochenende frei halten. Ort, ReferentInnen, genaue Zeiten sind noch in Arbeit - aber der Aufruf steht:

"Die Bundesrepublik Deutschland versinkt immer tiefer im Sumpf des grausamen Afghanistan-Krieges. Im Sommer d.J. wird erstmals eine Schnelle Eingreiftruppe der Bundeswehr die dort bereits stationierten ISAF-Verbände verstärken. Und in Berlin pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass bei der Verlängerung des Einsatzmandats im Herbst eine massive Truppenaufstockung vorgenommen werden soll.

Der Krieg in Afghanistan, den die USA und ihre Verbündeten vor fast sieben Jahren begonnen haben, verstößt gegen das Völkerrecht und tritt alle Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen. Er ist - wie Krieg und Besatzung im Irak und die Kriegsdrohungen gegen den Iran - Teil des Projekts zur Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens. In den meisten Regionen Afghanistans herrschen heute Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel prägen den Alltag. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Die ausländischen Truppen werden keineswegs als Befreier, sondern zunehmend als feindliche Besatzer gesehen, gegen die jeder Widerstand gerechtfertigt erscheint.

Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Der zivile Wiederaufbau und eine soziale Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet und die fremden Truppen abgezogen sind und die somit freiwerdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Karitative und humanitäre Hilfsorganisationen bestätigen

immer wieder, dass Hilfe am besten dort geleistet werden kann, wo kein Militär vorhanden ist. Es ist ein Skandal, dass für den Krieg ein Vielfaches an Geld ausgegeben wird wie für den zivilen Wiederaufbau!

Die Beendigung des Bundeswehreininsatzes ist noch keine Garantie, eröffnet aber eine Chance für eine friedlichere Entwicklung in Afghanistan. Andere Kriegsparteien würden damit unter Druck geraten, ihre Truppen ebenfalls abzuziehen.

Wir laden ein zu einem Internationalen Afghanistan-Kongress am 7./8. Juni 2008 in Hannover. Der Kongress steht unter dem Motto: "Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan!" Mit Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland, mit Betroffenen aus Afghanistan, mit Kriegsverweigerern und Friedensaktivisten aus Europa und Übersee wollen wir den Unwahrheiten und Verdrehungen der herrschenden Politik von Washington bis Berlin entgegen treten und dem weltweiten Widerstand gegen den Krieg eine Stimme verleihen."

Mehr zur Konferenz dürfte es demnächst auf der Website der AG Friedensforschung Kassel geben: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/>

Schau doch mal nach wann der Afghanistan-Krieg anfängt



Schülerprotest 1969

"Keine 30 Sekunden dauerte der Spuk, und dann lief die Parade wie am Schnürchen ab, begleitet von einer freudig begeisterten Menge"



Eine Woche bevor Jimi Hendrix in der Silvesternacht 1969 im New Yorker Fillmore East die auf dem Album "Band of Gypsies" veröffentlichte Version von "Machine Gun" präsentierte, fand in Celle am 24. Dezember die erste Demonstration gegen den Vietnam-Krieg statt. Es war eine kleine Demonstration, vorwiegend von Schülerinnen und Schülern, über die in der "Celleschen Zeitung" nicht

berichtet wurde (allerdings in der "Celler Presse", dem Lokalteil der Hannoverschen Presse vom 27./28.12.1969). Auch in der Provinz vollzog sich erkennbar in den Jahren 1968 und 1969 ein Wandel im politischen Bewusstsein, zunächst mal unter Jugendlichen.

"Die Entwicklung des politischen Bewußtseins von Oberschülern vor, während und nach der Zeit der Studentenunruhen der Jahre 1967-1969. Eine Untersuchung an Hand von Schülerzeitungen" ist der Titel einer Jahrgangsarbeit von Hendrik Auhagen, Abiturient am HBG, aus dem Jahr 1972. Auhagen hat Schülerzeitungen Celler Gymnasien aus den Jahren 1962 bis 1971 daraufhin ausgewertet, welche Wandlungen im politischen Bewusstsein stattgefunden haben und worauf diese Veränderungen zurückzuführen sind.

Der Autor konstatiert einen "tiefgreifenden Meinungswandel" (Auhagen 1972, 29), der sich zwischen 1965 und 1971 vollzieht. In einer "voroppositionellen Phase" bis 1966 steht z.B. die "deutsche Frage" noch im Mittelpunkt des politischen Interesses, wobei das "Feindbild im Osten" zu einer "heftigen Abgrenzung gegenüber allem [geführt habe], was im Verdacht stand, mit dem Kommunismus in Verbindung zu stehen." (Auhagen 1972, 29) Die zweite Phase einer "staatsbürgerlich-kritischen Opposition" setzt Auhagen für die Jahre 1966-1968 an. Bezüglich des Verhältnisses von BRD und DDR finden sich z.B. offene Plädoyers für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Dieser Bewusstseinswandel findet 1968 auch einen Ausdruck darin, dass ein Großteil der Abiturienten des Ernestinum die Annahme der so genannten "Albertusnadel" verweigert, die in Fortsetzung einer ostpreußischen Tradition von ehemaligen Schülern des Gymnasiums von Marienwerder verteilt wurden.

**Machine gun
Tearin' my body all apart
Evil man make me kill you
Evil man make you kill me
Even though we're only families apart.
Well, I pick up my axe and fight like a farmer,
You know what I mean?
Hey, and your bullets keep knockin' me down**

(Auhagen 1972, 12-13) Die Kritik sei in dieser Phase "systemimmanent, will nicht revolutionieren sondern reformieren". (Auhagen 1972, 24)

Der Vietnam-Krieg wird erstmals 1966 in einer Schülerzeitung behandelt, wobei sich der Autor des Artikels noch uneingeschränkt auf die Seite der USA stellt. Ein Meinungsumschwung erfolgt in den Jahren 1968/69; ab 1970 wird der US-Imperialismus einhellig abgelehnt und teilweise die US-Regierung mit dem NS-Regime gleichgesetzt. Die Bewunderung und Unterstützung der USA hat sich innerhalb von fünf Jahren in ihr Gegenteil verändert. Die dritte Phase seiner Untersuchung fasst Auhagen dann auch unter der Überschrift "prinzipielle Opposition" zusammen.

Zwei Protestereignisse der Jahre 1968 und 1969 stehen exemplarisch für den von Auhagen beschriebenen Wandel.

Am 20. Mai 1968 fand in Celle eine Demonstration mit über 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt; eine Zahl, die nach 1945 sonst nur bei Demonstrationen zum 1. Mai erreicht wurde. Anlass war eine in Celle angesetzte Staatssekretärskonferenz der Kulturministerien, das Thema der Demonstranten die "Schulmisere". Die Forderung war im Kern "Mehr Geld für Bildung". Auhagen beschreibt eine zweite Ebene dieser Demonstration:

"Für die Entwicklung des politischen Bewusstseins war hier sicherlich wichtiger als diese Forderung, dass sich viele der beteiligten Schüler nun der demonstrierenden Protestbewegung der Studenten zumindest verbunden fühlten, deren inzwischen grundsätzlich revolutionäre Haltung sie zumindest zu diesem Zeitpunkt noch nicht kannten geschweige denn teilten. Dieser Identifikationsprozeß wurde noch durch die Reaktion vieler Passanten auf die Demonstration verstärkt. Mit dem Ruf nach dem Arbeitslager wurden viele Schüler in eine Reihe mit den Revolution fordernden Studenten West-Berlins gestellt, obwohl sie artig mehr Geld

für ihre Lehrer verlangten. Derartige Erfahrungen machten einige Schüler aufnahmebereiter für die Gedanken der radikalsozialistischen Studentenopposition." (Auhagen 1972, 25)

"Einige Schüler" schreibt Auhagen. Es handelte sich in der Tat um Minderheiten, die aber in dem sich herausbildenden jugend- und subkulturellen Milieu der Provinz eine Avantgarde-Position hatten.

Für den Protest in der Celler Provinz ist eine direkte Aktion aus dem Jahr 1969 von Bedeutung. Am 17. April wollte sich das seit Februar in Scheuen stationierte Panzerbataillon 34 der Bevölkerung vorstellen. 60 gepanzerte Fahrzeuge rollten dabei durch die noch nicht durch die Fußgängerzone "befriedete" Innenstadt. Doch die Militärs ernteten nicht nur Beifall. Linksergerichtete Schülerkreise hatten bereits im Vorfeld zwei Flugblätter verteilt ("Panzer rollen durch die Stadt" und "Celle - romantische Residenz in der Heide").

Als die Panzer vom Großen Plan kommend in die Poststraße rollten, besetzte eine Gruppe von Schülern mit einem "Sit-In" die Straße und zwang so die Parade zu einem kurzen ungewollten Halt. Sie wurden von aufgebrachtten Zuschauern auseinandergetrieben.

Ein Teil der Schüler sammelte sich dann an der Ecke Poststraße/Stechbahn. Als die Panzer hier zwischen an beiden Fahrbahnseiten dichtgedrängt stehende Zuschauer hindurchfahren, legte ein Schüler eine mitgebrachte Uniformjacke auf den Boden, beschüttete sie mit Haushaltsbenzin und zündete sie an. Die Zuschauer wichen etwas zurück und der Schüler beförderte die brennende Jacke auf einen der Panzer, wo sie sich in den Ketten des Fahrzeugs verfang. Ein Bundeswehroffizier zog die Jacke aus der laufenden Kette heraus und trat die restlichen Flammen aus.

Die "Cellesche Zeitung" berichtete mit einer gewissen Häme:



"Ein Höflichkeitsbesuch und eine militärische Demonstration sollte diese Marschparade sein, und die Celler Bevölkerung hatte dies richtig verstanden. Sie hatte ihre Freude an dem vorzüglichen Eindruck, den der Verband hinterließ. Daran ändern auch nichts die unausgegorenen Störversuche einiger weniger, die im übrigen durch Celler Bürger, sagen wir es ruhig, durch Celler Arbeiter- und Handwerkerfäuste energisch und schnell zurückgewiesen wurden, ohne daß die Polizei eingreifen brauchte. Keine 30 Sekunden dauerte der Spuk, und dann lief die Parade wie am Schnürchen ab, begleitet von einer freudig begeisterten Menge." (CZ, 18.04.1969)

Die "Celler Presse / HP" meinte hierbei Rufe nach dem "Arbeitshaus" gehört zu haben und kritisierte heftiger als die CZ die Aktion mit der brennenden Jacke: "Unserer Meinung nach war das eine zumindest sehr üble, zum kriminellen tendierende Meinungsäußerung." (HP, 18.04.1969) Aus ihrem Bericht lässt sich die Stimmungslage ganz gut nachvollziehen:

"Nach der nahezu minutiös abgelaufenen Parade waren am Abend Abordnungen der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten in den großen Sitzungssaal des Rathauses geladen worden. Dort sagte Oberbürgermeister Dr. Blanke während einer kurzen Begrüßungsansprache unter anderem: 'Die jungen Celler Bürger haben ihr Recht zur Meinungsäußerung wahrgenommen und mit Transparenten gesagt, daß sie keine Panzer in Celle wollen. Ich meine es ist besser, deutsche Panzer fahren durch die Straßen als russische Panzer. Dieser Anblick ist beruhigend für die Bevölkerung.'" (HP, 18.04.1969)

Die Protestierenden waren jedoch nicht gänzlich isoliert, wie einige in der CZ veröffentlichte Leserbriefe deutlich machen. Am Tag der Parade hinterfragte Hanspeter Kobbe, Vorstandsmitglied der Europa-Partei, den Sinn des Unternehmens, wobei er u.a. darauf verwies, dass das Ordnungsamt ursprünglich eine negative Stellungnahme abgegeben habe und von der Verwaltungsspitze zurückgepfiffen worden sei. (CZ, 17.04.1969) Friedemann Frank kritisierte gemeinsam mit drei weiteren Unterzeichnern die Parade als "aufwendige Protz- und Kraftdemonstration" und fragte, ob damit "so etwas wie Wehrbegeisterung und nationales Selbstbewußtsein" geweckt werden sollte: "Die glänzenden Augen und die gezückten Kameras der am Straßenrand stehenden Teilnehmer des letzten Krieges deuten mehr auf das Letztere. Und das halten wir für gefährlich. Emotionen im Zusammenhang mit der Bundeswehr sind gefährlich, und deshalb halten wir es für verantwortungslos, sie zu wecken." (CZ, 22.04.1969)

Mit einem Dringlichkeitsantrag wollte die seit September 1968 mit zwei Abgeordneten im Stadtrat vertretene NPD einen Ratsbeschluss herbeiführen, in dem u.a. festgestellt werden sollte: "Damit bei der Truppe

Panzerbataillon 34 wurde in Celle stürmisch begrüßt

Vorzüglicher Eindruck des Verbandes / Störversuche durch Zuschauer zurückgewiesen

kein falsches Bild entsteht, legt der Rat Wert auf die Feststellung, daß er sich von den üblen und zum Teil gefährlichen Versuchen einiger Jugendlicher, den geplanten Ablauf der Veranstaltung zu stören, ausdrücklich distanziert. Die Bevölkerung hatte sehr wohl erkannt, daß diese Parade nicht zum Zwecke der Demonstration militärischer Macht stattfand, sondern ausschließlich im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr gesehen werden muß." (CZ, 29.04.1969) Für die CDU/FDP-Mehrheitsfraktion erklärte daraufhin Senator Schmitz, dass keine Gründe für eine dringliche Befassung vorlägen. Damit entging man der "Peinlichkeit", einem NPD-Antrag zustimmen zu müssen. Dass man inhaltlich eher keinen Widerspruch hatte, zeigen die weiteren Ausführungen Schmitz: "Mit der demonstrierenden Gruppe, die sich aus diesem Anlaß glaubte vorstellen zu müssen, ist die Bevölkerung Celles selbst fertig geworden. Die Presse hat den Befürwortern und im noch größeren Maße den Ablehnern der Parade genügenden Spielraum gegeben, sich auch dort bemerkbar zu machen. Offiziere des Bataillons haben anlässlich des Empfangs am 17. April erklärt, daß sie die Selbsthilfe der Bevölkerung beeindruckt hätte." (CZ, 29.04.1969) Interessant an dieser Stellungnahme ist, wie eine so genannte "Selbsthilfe" - d.h. die Aushebelung des staatlichen Gewaltmonopols kein Problem bereitete, wenn es sich nur gegen die "Richtigen" richtete.

Wenige Tage nach den Protesten wusste die CZ zu berichten, dass die Polizei Strafanzeige gegen den jugendliche "Panzerbrecher" erstattet habe. (CZ, 22.04.1969)

Angeklagt wegen "versuchter Wehrmittelbeschädigung sowie Straßenverkehrsgefährdung", wurde schließlich der 19-jähriger Schüler Dirk M. im November wegen "gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr" zu zwei Wochen "Dauerarrest" verurteilt. (Urteil der 4. Strafkammer des Landgerichts Lüneburg vom 26.11.1969 - 2a KMs 21/69 - IV 20/69)

Die Anklageschrift ist auch deshalb interessant, weil sie den "Generationenkonflikt" jener Jahre aufscheinen lässt:

"So entzündete sich, als der Angeschuldigte etwa 17 Jahre alt war, zwischen ihm und seinem Vater ein heftiger, lang andauernder Streit über die Haartracht des Angeschuldigten. ... Ein weiterer wesentlicher Grund der Spannungen ist in der vom Vater nicht geteilten politischen Auffassung des Angeschuldigten zu suchen. Seit etwa 1 Jahr hat der Angeschuldigte Kontakt zu SDS-Kreisen. Aus Hannover hatte er einschlägiges Propagandamaterial mitgebracht, das seine Eltern gegen seinen Willen verbrannt hatten. ... Der Angeschuldigte ist Mitglied des 'Redaktionskollektivs' der USSB-Zeitung 'Vereinigt Euch'. Seine politische Haltung

bezeichnet der Angeschuldigte als die eines Anhängers des Kommunismus, wie er in China und Kuba verwirklicht worden ist." (Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Lüneburg bei dem Landgericht Lüneburg (2 a Js 465/69) vom 23.9.1969)

Die Verhandlung wurde mit einem hohen Aufwand geführt: Zwei Verhandlungstage, 16 Zeugen waren gehört worden, es gab einen Ortstermin und ein Sachverständigengutachten über die Frage der Wehrmittelbeschädigung. Bei ihrer Berichterstattung nannte die "Cellesche Zeitung" den vollen Namen des Angeklagten und veröffentlichte auch ein Foto. (CZ, 26.11. und 27.11.1969) Vom Angeklagte wurde das Bild eines "jugendlichen Wirrkopfes" gezeichnet, weil er vertrat: "Die Bundeswehr müsse weg, so meinte er, damit eine neutralisierte Bundesrepublik in Frieden weiter aufbauen könne. Außerdem sei die Bundeswehr in der Hand des Establishment 'ein Mittel zur Unterdrückung des Volkes', sowie der Panzeraufmarsch in Celle eine 'Notstandsübung' darstelle." (CZ, 26.11.1969) Aufwändig gestalteten sich die Ermittlungen wegen der so genannten Wehrmittelbeschädigung. Bei einem Ortstermin in Scheuen überzeugte man sich davon, "daß ein 'Leopard' infolge seiner Spezialkonstruktion überhaupt nicht durch brennende Lappen gefährdet oder beschädigt werden könne, denn der 'Leopard' sei gegen 'Molotow-Cocktails' jeder Art immun." (CZ, 27.11.1969) Deutsche Wertarbeit halt! So blieb eine Verurteilung wegen des "gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr" und - im Falle des Jugendstrafrechts besondere und eher ungewöhnliche Härte - die Zahlung der Hälfte der Kosten Gerichtskosten.

Schwer lässt sich heute nachvollziehen, wie "Sit-In" und die Auseinandersetzung um die "Jacken-Aktion" in der Schülerbewegung diskutiert wurden. Der Celler USSB als Zentrum der lokalen APO (Außerparlamentarischen Opposition) dürfte sich schon im Sommer in einem Zerfallsprozess befunden haben. In einer nach dem Prozess vom "Politischen Arbeitskreis Celle" herausgegebenen Publikation mit dem Titel "Diskussion" leitet ein Schreiberkollektiv "Tick, Trick und Track" unter der Überschrift "Einen Finger kann man brechen - fünf Finger sind eine Faust" seine Kritik so ein:

"Das M.-Urteil hat den Schlusstrich gesetzt unter eine Aktion, die für die Celler Schülerbewegung museumsreif geworden ist. Daß D. M. einmal antiautoritäre Politik betrieben hat, daran muß man sich mühsam erinnern, und der USSB, in dessen Hoch-Zeit diese Aktion fiel, ist auch schon lange tot. Die Zeiten, wo der USSB die Celler APO war und D. M. der USSB, sind vorbei. Heute sind die Celler Linken in einer Vielzahl von Gruppen organisiert, die unabhängig voneinander arbeiten, ihre politische Arbeit von der Basis her

bestimmen und sich bemühen, keine neuen Zentrierungen auf irgendwelche linken Autoritäten entstehen zu lassen."

Im "Fazit" kommen sie zu folgender Bewertung:

"Aufklärung ohne Aktion [ist] entfremdetes Bla-Bla und zwingt die Konsumenten in den verblödeten Objekt-Status der Schüler-Lehrer-Situation.

Aktion ohne Aufklärung ist unpolitischer blinder Aktionismus, verdummt und frustriert. **AKTION OHNE AUFKLÄRUNG IST SCHEISSE!**

In diesem Sinne hat M. [hier ist im Text der Nachname genannt] politische Scheiße gebaut. Genauer: es war halber Kram. Er hat unter hohem politischen Einsatz einen guten Anfang gesetzt, der genau das bewirkte, was geplant war: die Diskussion wirksam in Gang zu bringen. M. hat viel privates, psych[isch]es Konfliktpotential und persönlichen Mut in einen Aufhänger investiert, der sich gut hätte politisieren lassen. ... M. hat es leider nicht geschafft, seinen individuellen Protest und sein politisches Bewußtsein so zu vergesellschaften, daß sie als Funken auf seine Mitschüler überspringen konnten. Sein Generationskonflikt und seine politische Überzeugung sind - obwohl politischen Ursprungs - seine Privatsache geblieben, weil er die Öffentlichkeit, die er sich geschaffen hatte, nicht ausnutzte und inhaltlich mit Argumenten und Informationen ausfüllte.

Von vornherein ist seine politische Tätigkeit immer so angelegt gewesen, daß seine Mitschüler sich zwar mit seiner Person identifizierten nicht aber mit seinen Aktionen und Überzeugungen. Nur letzteres aber setzt Aktivitäten und Lernprozesse frei. Bloße Identifikation mit linken Idolen und Einzeltätern dagegen verhindert die Selbstbefreiung und verfestigt autoritäre Strukturen." (Diskussion - Herausgeber: Politischer Arbeitskreis Celle (PAC))

Bevor im übrigen dem Protagonisten der Panzerjacketaktion der Prozess gemacht wurde, sprach die Schulkonferenz des Gymnasium Ernestinum im Juni die "Androhung der Entlassung" aus. Vorgeworfen wurde ihm u.a. die verantwortliche Herausgabe der Zeitung des USSB (Unabhängigen Sozialistischen Schülerbundes) mit dem Titel "Vereinigt Euch":

"In verschiedenen Artikeln dieser Zeitung wird in entstellender, diffamierender und die Erziehungsabsicht der Schule untergrabender Weise über Unterrichts- und Schulveranstaltungen berichtet.

In der Nr. 1/69 ... ist anlässlich eines Berichtes über entsprechende Vorkommnisse gutgeheißen und indirekt empfohlen:

- a.) Schweigeprotest im Unterricht
- b.) gemeinsame Anfertigung und Vervielfältigung von Hausaufgaben (die Vervielfältigung übernimmt der ussb Celle)
- c.) Maßnahmen gegenüber Schülern, die - auf Schweigeprotest, gemeinsame Anfertigung von Hausaufgaben und dgl., hinzielende - Mehrheitsbeschlüsse der Klasse boykottieren.

Die Zeitung enthält überdies Revolutionsdrohung und pornographische Zeichnungen. ... M. hat sich damit

außerhalb der Schule in einer Weise bestätigt [sic!], die die Schule (lt. I,3 der Erziehungsmaßnahmen) zum Eingreifen berechtigt und verpflichtet, nämlich dann, wenn ein Schüler durch sein Verhalten außerhalb der Schule ihre Erziehungsabsichten ernstlich in Frage stellt, insbesondere Mitschüler gefährdet oder an ihren Fortschreiten im Unterricht hindert." (Schreiben des Direktors vom 25.6.1969)

Im Herbst drängte der Klassenlehrer auf einen Schulwechsel ("Wenn Dirk die Schule verlässt, führe ich die Klasse geschlossen zum Abitur"); der Rektor lehnte ab, die Entlassungsdrohung wurde nach Ablauf der vorgeschriebenen Sechs-Monatsfrist zurückgenommen. Im Juni 1970 wurde den Eltern dann aber mitgeteilt, dass Dirk M. nicht versetzt werden sollte. Dagegen legte der Vater Widerspruch ein. Die nach den Sommerferien tagende Klassenkonferenz bestätigte die Nicht-Versetzung. M.'s Vater beschwerte sich beim zuständigen Landesverwaltungsamt ein. In seinen Begründungen verwies er auf den aus seiner Sicht politischen Anteil der letztlich entscheidenden Zensur durch den Englischlehrer. Dieser hatte z.B. einem anderen bei dem Sit-In "identifizierten" Schüler daraufhin angedroht, seine Arbeit künftig "mit den schärfsten Maßstäben [zu] beurteilen". Das Landesverwaltungsamt hob am 21.9.1970 den Nicht-Versetzungsbeschluss auf und verfügte die Versetzung in die 13 Klasse, auch wenn alle Vorwürfe des Vaters als unbegründet zurückgewiesen wurden. Vor dem Hintergrund der Schärfe der Auseinandersetzung war nunmehr aber ein Schulwechsel unumgänglich - nur: Weder Hölty noch HBG erklärten sich zu einer Aufnahme bereit. M. machte das Abitur auf dem Nordsee-Gymnasium Langeoog.

Literatur:

Auhagen, Hendrik (1972): Die Entwicklung des politischen Bewußtseins von Oberschülern vor, während und nach der Zeit der Studentenunruhen der Jahre 1967-1969. Eine Untersuchung an Hand von Schülerzeitungen. [Jahresarbeit, Hermann-Billing-Gymnasium]. - Hendrik Auhagen war von 1983 bis 1987 für die Grünen im Bundestags; heute ist er u.a. bei Attac aktiv.

Cellesche Zeitung und Hannoversche Presse, verschiedene Ausgaben

Diskussion - Herausgeber: Politischer Arbeitskreis Celle (PAC)



Nazischulung

Andrea Röpke hat ein neues Buch über die "Heimatreue Deutsche Jugend", die Nachfolgerin der Wiking-Jugend, herausgegeben



Die Buchautorin und Journalistin Andrea Röpke hat eine fundierte Recherchearbeit unter dem Titel "Ferien im Führerbunker. Die neonazistische Kindererziehung der Heimatreuen Deutschen Jugend (HDJ)" als 128seitiges Buch vorgelegt. Die HDJ wurde offiziell im Oktober 2000 unter dem Name "Heimatreue Deutsche Jugend

(HDJ) - Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V." als Verein in Berlin gegründet und tritt in die Fußstapfen der einstigen Wiking-Jugend. Mit diesem Verein wird die seit 1945 fast ununterbrochene Tradition der völkischen Jugendarbeit im Sinne des deutschen Faschismus weitergeführt.

"Jugend" war schon immer ein zentraler Begriff in der Agitation und Propaganda faschistischer Gruppen. Der Jugendkult begründet sich aus ihrem Selbstbild: Faschisten wollten immer die neue, kommende Kraft sein, welche mit der alten, überkommenen Ordnung Schluss macht und mit einer "Revolution" die Dekadenz des Ist-Zustandes hinwegfegt. Neben dem Selbstverständnis als jugendlicher Kraft gründete jede faschistische Bewegung ihre eigene Jugendorganisation, um dort die Kämpfer und Kader von morgen nach ihrem Bild zu formen. Während der NS-Herrschaft war dies bekanntlich die Hitler-Jugend. Von ihr, aber auch bei der elitären SS, nahm das Flaggschiff des BRD-Neonazismus, die 1952 gegründete Wiking-Jugend, deutlich Anleihen. Dieses ideologische und organisatorische Vorbild schimmert so sehr durch, dass die Wiking-Jugend aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft mit der früheren NSDAP und ihrer Teilorganisation "Hitler Jugend" im Jahr 1994 verboten wurde.

Führungsfiguren

Auch wenn die Wiking-Jugend nie mehr als wenige hundert Mitglieder zählte, gingen in ihrer 42jährigen Geschichte schätzungsweise 15 000 Kinder und Jugendliche durch ihre

Lager und Schulungen. Aus der Jugendarbeit der Wiking-Jugend rekrutiert sich ein bedeutender Teil des Kaderstammes des heutigen deutschen Neonazismus. Die beiden NPD-Fraktionsangehörigen Udo Pastörs und Stefan Köster aus dem Schweriner Landtag sowie der Nazibarde Frank Renniecke waren als Kinder und Jugendliche beispielsweise in solchen Camps gewesen. Aber auch Führungsfiguren der so genannten Freien Kameradschaften trugen einst die Uniform der Wiking-Jugend. Teilweise über mehrere Generationen hinweg wurden Kinder mit Volksgemeinschaftsideologie, Rassismus, Antisemitismus und "Recht des Stärkeren" indoktriniert und auch paramilitärisch ausgebildet.

Wie die Wiking-Jugend setzt auch die HDJ auf eine Erziehung in der Tradition des deutschen Faschismus von Kindesbeinen an. Bei den Zusammenkünften der HDJ weht aber nicht nur derselbe Geist wie bei ihren historischen Vorbildern, auch das Aktionsprogramm weist Parallelen auf. Mit Morgenappell, Gewaltmärschen, paramilitärischem Training, Mutproben, rassistischer, antisemitischer und geschichtsverfälschender Erziehung sollen die sieben- bis 25jährigen Kinder und Jugendlichen fit gemacht werden für ihre angebliche Bestimmung als politische Soldaten.

Auf Außenstehende wirkt da manches bizarr, z.B. wenn die Mitglieder angehalten werden, statt "Tabelle" "Übersicht" oder statt "korrekt" "richtig" zu sagen. Wohin allerdings die paramilitärische Ausbildung führen kann, zeigen nicht nur das Vorstrafenregister einiger Funktionäre, sondern die auch im Buch dokumentierten Bilder von Wehrsportübungen und dem Trainieren von Hinrichtungen.

Innenleben

Jedes dritte Wochenende, so Röpke, findet irgendwo im Bundesgebiet ein Ferienlager, eine Wanderung oder Saalveranstaltung der HDJ statt. Die HDJ achtet bei diesen Treffen sehr darauf, ungestört und unbeobachtet zu bleiben. Eine Stärke des Buches ist es, dass die von den Treffen bestens unterrichtete Autorin immer wieder vor Ort ist. So sind die von Röpke veröffentlichten Informationen zum Innenleben der Organisation und ihre Auswirkungen auf Kinder in dieser Form bisher nicht veröffentlicht worden. Auch Kenner der Materie lernen mit diesem Buch hinzu. Das Werk enthält eine Fülle von Namen und Fakten und zeigt gerade damit die personellen Kontinuitäten zwischen Wiking-Jugend und HDJ auf. Wer einen Teil seiner Jugend in der Wiking-Jugend verbracht hat, gibt heute oft sein Kind in die Obhut der HDJ. So hat sich eine regelrechte Parallelwelt für Nazi-Sippen herausgebildet. Im Jargon der HDJ heißt dieses

Phänomen dann "volkstreu Familien über Generationen hinweg".

Aus diesem rechtsradikalen Freizeitangebot für die ganze Familie rekrutiert sich momentan auch das personelle Rückgrat der NPD. Am engsten ist die Verbindung zwischen NPD und HDJ im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Der "Einheit Mecklenburg und Pommern" sowie der "Einheit Preußen" sind ausführliche Regionalteile im Buch gewidmet. Ein Epilog und ein Personenregister schließen das Recherchewerk über eine viel zu lange unbeobachtete neonazistische Organisation ab. Wer sich für die Strukturen der organisierten extremen Rechten Deutschlands interessiert, dem kann dieses Buch nur wärmsten empfohlen werden.

Andrea Röpke: Ferien im Führerbunker. Die neonazistische Kindererziehung der "Heimatreuen Deutschen Jugend (HDJ)". Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen. Braunschweig 2007, 128 Seiten. 5 Euro. ISBN 978-3-932082-31-

entnommen: Junge Welt 04.02.2008

HDJ in Eschede

Nachdem die Wiking-Jugend jahrelang bis zu ihrem Verbot in Hetendorf ihre Pfingstlager inklusive politische Indoktrination und Wehrsport abhielt, droht jetzt ein ähnliches Szenario in Eschede. Das bundesweite Pfingstlager der Nachfolgeorganisation HDJ im vergangenen Jahr sollte ursprünglich in hessischen Hofgeismar abgehalten werden, der dortige Verpächter kündigte den Platz nach Gesprächen mit der Polizei. Der Escheder Landwirt und Neonazi Joachim Nahtz stellte sein Gelände zur Verfügung. Das Tragen der uniformähnlichen HDJ-Kluft wurde verboten, dennoch ging es militärisch zu mit Fahnenappell und lauten Befehlen. Es wurden "Spiele" wie Speerwurf, Bogenschießen, Sackschleudern und ähnliche Körperertüchtigungen durchgeführt. An den Pfingstlagern nahmen auch Angehörige der Kameradschaft "Freie Nationalisten Rhein-Main" teil.

Die Ähnlichkeiten zu den Umtrieben in Hetendorf bis 1994 sind schon erschreckend, es bleibt abzuwarten, ob der Hof Nahtz neben den inzwischen leider bei ihm üblichen Nazitreffen zu den kulturellen Höhepunkten der Anhänger der neuheidnisch-neonazistischen Szenen, wie z.B. Sonnenwendfeiern und Erntedankfeier, sich nun auch zum regelmäßigen Treffpunkt der HDJ entwickelt.

BZ DIN BY

Besetze Deine Stadt



Das "Wort des Jahres 2007" war "Klimakatastrophe" - gäbe es ein ausschließlich linksradikales Ranking wären "Gentrifizierung" und "Ungdomshuset" sicher unter den Top 5. Im Sommer hatte die Bundesanwaltschaft für die Verhaftung des Berliner Soziologen Andrej Holm wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung eine erstaun-

weite Solidaritätsaktionen. Dass und wie das eine mit dem anderen zu tun hat, darüber gibt ein im Januar im Verlag Assoziation A erschienenes Buch Auskunft: "Besetze Deine Stadt!", herausgegeben von Peter Birke und Chris Holmsted Larsen.

"Ungdomshuset" war ein 1982 von der Kopenhagener Stadtregierung an die Hausbesetzerbewegung zur Nutzung überlassenes Gebäude. Bis zum März 2007 konnte sich das linke (Jugend)-Zentrum als kultureller, sozialer und politischer Ort gegen immer wiederkehrende Angriffe unterschiedlicher Stadtregierungen behaupten. Dann wurde es geräumt, nachdem es schon im Jahr 2000 von der Stadt an eine christlich-fundamentalistische Sekte verkauft worden war. Es folgten tagelange Straßenkämpfe und bis heute Hunderte von Aktionen, Happenings und Demonstrationen.

liche Begründung:

Er benutze wie die Gruppe "mg" in ihren Bekennerschreiben den Begriff "Gentrifizierung". Der Haftbefehl wurde - auch nach internationalen Protesten - aufgehoben. Und die Räumung eines Jugendzentrums in Kopenhagen, nämlich des "Ungdomshus", sorgte für heftige Straßenproteste in der dänischen Metropole und für europä-

Hintergrund der Konflikte ist die Umstrukturierung des öffentlichen Raums in der Boom-Town Kopenhagen, die sich als Musterbeispiel einer innovativen "unternehmerischen Stadt" versteht. Alternative Projekte sollen nur dann eine Chance haben, wenn sie sich vom Stör- zum Standortfaktor wandeln. Das meint die dänische Regierung, wenn sie von "Normalisierung" redet. Und das Ungdomshuset lag in einem

ehemaligen Arbeiterviertel, welches heute eines der Zentren der Gentrifizierung ist. Darunter versteht man eine ökonomische, soziale und kulturelle "Aufwertung" von Stadtteilen bezeichnet, in deren Verlauf die bisher dort lebenden ärmeren Bevölkerungsgruppen durch besser verdienende Haushalte (die "Latte Macchiato"-Fraktion) verdrängt werden.

Freiräume wie Ungdomshuset können zwar als bunter Farbtupfer durchgehen, aber nur solange sie nicht stören. Aber genau das wollen Zentren wie dieses. Als Treffpunkt, Veranstaltungsort und Anlaufpunkt für Menschen, die nach alternativen Lebens- und Politikformen suchen, wollen sie den kapitalistischen Normalzustand in Frage stellen. Sie verweigern sich der In-Wertsetzung aller Lebensäußerungen, die als Leitmotiv der neoliberalen Internationale gelten kann.

In verschiedenen Beiträgen des Buches wird die Entwicklung analysiert, die heute die in den 1980er und 1990er Jahre entstandenen "Freiräume" in neuer Qualität der Räumungsgefahr aussetzt: Von welchen Ideologien und Motiven werden die Abriss-Politiker angetrieben, die es wie das Beispiel Kopenhagen, aber ja auch Hamburg und Berlin zeigen, genauso in der Sozial- wie in der Christdemokratie gibt? Welche Hoffnungen und Träume feuern auf der anderen Seite die Nutzer- und VerteidigerInnen der Projekte an?

Dass aber auch die Kämpfe um diese "Freiräume" in neuer Qualität geführt werden können, wird über die Interviews mit AktivistInnen der Bewegung anschaulich. Spannend ist hier vor allem, wie im Stadtteil Bündnisse mit den Nachbarn genauso entstehen können wie mit dem "Grauen Block" der Häuserkampf-Generation der 1980er Jahre. Welche Rolle dabei explizit gewaltfreie Aktionen spielen können, ließ in Kopenhagen die öffentlich für den 6. Oktober angekündigte Besetzung eines Geländekomplexes aufscheinen. Zwar wurde angesichts eines massiven Polizeieinsatzes das Ziel nicht

erreicht, aber die Beteiligung von rund 5000 Menschen an einer öffentlich angekündigten Gesetzesübertretung brachte nicht nur eine enorme Medienresonanz, sondern eben auch die Stadtpolitik in die Defensive. Allein der militante "Märzaufstand" direkt nach der Räumung hätte wahrscheinlich nicht den Druck aufbauen können, der heute eine Situation geschaffen hat, in der die "Ungdomshus"-Bewegung die Verhandlungen mit der Stadt um ein neues Zentrum aus einer Position öffentlicher Akzeptanz und Stärke führen kann.



Mit Beiträgen zur "Freien Stadt Christiania" wird zudem eine bis ins Jahr 1971 zurückreichende "Geschichte zwischen Utopie und Normalisierung" ausgelotet und Reflexionen zum Autonomiebegriff u.a. am Beispiel der "Roten Flora" in Hamburg runden den Band ab.

Da sich das Bunte Haus in Celle im weiten Sinne der Szenerie "selbstbestimmter Räume" in Deutschland zurechnet und der Mietvertrag der Stadt im Jahr 2010 die Chance der Kündigung bietet, dürfte die Beschäftigung mit Kopenhagen für manche hier vor Ort nicht ganz uninteressant sein. In diesem Sinne noch ein Chumbawamba-Zitat: "But the gentry must come down and the poor shall wear the crown / Stand up now diggers all!"

Peter Birke und Chris Holmsted Larsen (Hg.): Besetze deine Stadt! - BZ din by! Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen! Berlin/Hamburg 2008 (Assoziation A), ISBN 978-3-935936-67-5, 224 Seiten, 14.80 €

Rechtsabbieger



NDR Info und der Weserkurier haben im Januar 2008 die Broschüre "Rechtsabbieger" herausgegeben, mit Texten von André Aden, Mario Assmann, Sven Borchers, Clemens Breuer, Nicole Brückner, Barbara Debinska, André Fesser, Tina Groll, Christine Kröger, Anke Landwehr, Heike Nieder, Werner Ohsenroth, Stefan Schölermann, Andrea Suhn und Per Thomas.

Die Themen sind:

Wie Jugendliche nach rechts abbiegen,
Wie es sich in der braunen Welt lebt,
Wer in der Szene das Sagen hat,
Wie Neonazis sich in den Alltag schleichen und
Was gegen rechts wirkt.

Die Broschüre kann herunter geladen werden unter:
<http://www.weser-kurier.de/galerie/rechtsabbieger.pdf>

Termine im Kino achteinhalb:



Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle
Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer freitags, Beginn: 20.30 Uhr
Eintritt: 4,50 EUR

21. und 22. März: Winterreise

Ein Kleinunternehmer aus der bayerischen Provinz hat dem Untergang seines Geschäfts nicht mehr als seinen Zynismus und seine Verachtung entgegen zu setzen, die sich in erster Linie gegen seine Familie richten. Nach einer gescheiterten Geschäftsreise findet er in Kenia wieder zu sich selbst. Der von Franz Schuberts gleichnamigem düster-melancholischen Liederzyklus strukturierte Film lebt in erster Linie von der brachialen Präsenz seines Hauptdarstellers, während sich die im einzelnen durchaus überzeugenden Elemente der Geschichte sowie die unterschiedlichen Erzählstile zu keiner Einheit verbinden. - Ab 16.

28. und 29. März: Wir verstehen uns wunderbar

30 Jahre nach der Trennung trifft sich ein einst gefeiertes Traumpaar des europäischen Kinos in London wieder, wo die immer noch gekränkte Schauspielerin, die den untreuen Geliebten damals verließ, dem einstigen Partner einen Preis für sein Lebenswerk als Regisseur überreichen soll. Während bei ihm die alte Liebe neu entflammt, zeigt sie ihm die kalte Schulter, erliegt aber letztlich der Verführungskunst des Charmeurs. Eine wundervoll gespielte Screwball Comedy in bester Tradition, deren Hauptdarstellern man das Vergnügen an ihrer Arbeit ansieht. Die trefflich besetzten Nebenrollen verleihen dem Film zusätzlichen Charme. Sinnenfrohes Kino mit Verständnis für menschliche Schwächen, das für ungehemmte Lebenslust im Alter plädiert. Sehenswert ab 14.

04. und 05. April: Fallen

14 Jahre nach ihrem Abitur treffen sich fünf ehemalige Schülerinnen anlässlich der Beerdigung ihres Klassenlehrers wieder. Für zwei Tage und eine Nacht wandeln die Frauen wie Fremdkörper durch ihre Vergangenheit, werden mit ihren früheren Idealen, Träumen und verpassten Chancen konfrontiert und können sich doch die Hoffnung auf einen möglichen Neuanfang erhalten. Der formal strenge, mitunter meditative Film macht die relative Ratlosigkeit seiner Protagonistinnen zum schöpferischen Inszenierungsprinzip und erzielt dadurch einen Teil seiner anrührenden Wirkung. Sehenswert ab 16.

11. und 12. April: My blueberry nights

Eine junge Frau, die an Liebeskummer zu verzweifeln droht, schüttet dem Kellner eines kleinen New Yorker Cafés ihr Herz aus. Der erzählt ihr von seiner Arbeit sowie seinen alltäglichen Begegnungen mit unterschiedlichen Menschen und verliebt sich in die charismatische (Un-)Bekannte. Die aber geht zunächst auf eine Reise quer durch die USA, auf der sie die Bekanntschaft diverser gescheiterter Existenzen macht. Ein sanfter Film, der auf liebevolle, sehr zurückgenommene Weise von Einsamkeit und Verlorenheit erzählt. Mit eindringlicher Kameraarbeit lenkt er den Blick auf das Wesentliche, durch das sich erst wahre Wünsche und Träume erkennen lassen.

Sehenswert ab 16.

18. und 19. April: Import Export

Eine Krankenschwester aus der Ukraine hofft, in Wien erträglichere Lebensumstände anzutreffen, erlebt jedoch eine endlose Abfolge von Verletzungen und Erniedrigungen. Ihr Schicksal wird mit dem eines jungen Sicherheitsmannes kontrastiert, der in seinem Job scheitert und mit seinem widerlichen Stiefvater eine Geschäftsreise in die Slowakei antritt. Der Film schildert zwei Bewegungen von Ost nach West und umgekehrt und konfrontiert mit dem allumfassenden Schrecken einer Gesellschaft, die Ausbeutung bis in die letzte Verästelung der Verkehrsformen zur Grundlage hat. Trotz der kompromisslosen Härte kein pessimistischer Film, da er seinen Hauptfiguren moralische Integrität zugesteht und im Zuschauer humanistische Impulse auszulösen vermag.

25. und 26. April: Once

Kurzkritik aus dem Film-Dienst:

Ein liebeskranker irischer Straßenmusiker gewinnt die Liebe einer unscheinbaren Rosenverkäuferin, einer tschechischen Exilantin, die sich als Klaviervirtuosin entpuppt. Der sympathisch unterhaltende Musikfilm belebt mit zwei engagierten Schauspielern das Genre des Backstage-Musicals neu und stellt den mittlerweile üblichen Ausstattungsgorgien angenehme Bodenhaftung entgegen.

Ab 14.

03. und 04. Mai: Still Life

Vor dem Hintergrund des größten Staudamm-Projekts der Welt am Jangtse-Fluss in China, dem über eine Million Menschen weichen mussten, suchen ein Tagelöhner und eine besser gestellte Frau nach ihren jeweiligen Ehepartnern. Die Erlebnisse der Figuren aus ganz unterschiedlichen sozialen Schichten vermitteln Einblicke in die extrem widersprüchliche Lage der Menschen in der aufstrebenden Wirtschaftsmacht. Die ruhige, sorgfältige Kameraarbeit, deren ästhetischer Reiz in starkem Kontrast zum Elend der einfachen Bevölkerung steht, schafft einprägsame Bilder von metaphorischer Qualität, große Panoramen der Zerstörung ebenso wie phänomenologisch genaue Beobachtungen. Sehenswert ab 14.

TERMINE

So. 16.03.2008, 11:00 Uhr

Häftlinge aus Frankreich im "Aufenthaltslager" Bergen-Belsen
Führung mit Janine Doerry durch das Dokumentationszentrum und über das Gelände des ehemaligen Lagers
Gedenkstätte Bergen-Belsen

Mi. 19.03.2008, 17:00 Uhr

BuHa-Cafe
Das BuHa-Cafe soll der Ort sein, an dem sich Gruppen und Initiativen, die im Bunten Haus tätig sind, vorstellen, oder auch Projekte und Ideen vorgestellt werden, die (leider) noch nicht laufen. Die Idee ist es, eine Möglichkeit zu schaffen, um Kontakte zu knüpfen. Einen Ansatzpunkt zu bieten für Leute, die sich über das Bunte Haus informieren wollen, sich vielleicht auch gerne einbringen würden, aber nie das passende für sich gefunden haben, oder denen die Struktur zu unklar war/ist. Oder auch für Menschen, die Ideen haben, aber nicht wissen, ob das Bunte Haus vielleicht der richtige Ort dafür wäre. Kurz und Gut: das Bunte Haus stellt sich vor und lädt zum Mitmachen ein.
Buntes Haus, Celle
Hannoversche Str. 30f

So. 23.03.2008, 22:30 Uhr

Take Over 7
"live on the DANCEHALL MUSIC side of life"
mit: Rebel Sound (Hannover)

Jahrôme & Junior Matayas (Hamburg)
Raffneck Soundbwoys (Hamburg)
Eintritt: 4 EUR
Buntes Haus, Celle
Hannoversche Str. 30f

Fr. 28.3.2008, 19:00 Uhr

Besetze deine Stadt! - BZ din by!
Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen
Referent: Peter Birke (Hamburg)
Am 1. März 2007 wurde in Kopenhagen das Jugendzentrum "Ungdomshuset" geräumt, scheinbar eine Hinterlassenschaft aus einer längst vergangenen, rebellischen Zeit. Überraschenderweise löste die Räumung eine massive Protestbewegung aus.
(siehe Besprechung hier im Heft)
Rosa Luxemburg Club
Buntes Haus, Celle
Hannoversche Str. 30f

Sa. 29.03.2008, 20:00 Uhr

Hase & Igel und Unterwegs präsentieren: Live from Dancehall to Roots
Die Ausnahmekünstlerin, der Reggae Szene, Sista Gracy ist am Samstag, den 29.03.2008 zu Gast in die CD-Kaserne.
Eintritt: VVK 11,90 EUR / Abendkasse 13,00 EUR
CD-Kaserne, Celle
Hannoversche Str. 30

So. 30.03.2008, 11:00 Uhr

Sowjetische Kriegsgefangene in Bergen-Belsen
Führung durch das Dokumentations-

zentrum und über das Gelände des ehemaligen Lagers
Gedenkstätte Bergen-Belsen

Sa. 05.04.2008, 20:00 Uhr

A TRIBUTE TO LED ZEPPELIN
Led Zeppelin ist nicht nur eine der kommerziell erfolgreichsten Rockbands, sie gelten auch als Pioniere des Hard Rocks und des Heavy Metals. Die Custard Pies entführen ihr Publikum auf eine berausende Zeitreise in die faszinierende Atmosphäre eines Led-Zeppelin-Konzertes.
Eintritt: VVK 11,90 EUR / Abendkasse 13,00 EUR
CD-Kaserne, Celle
Hannoversche Str. 30

Mo. 07.04.2008, 19:00 Uhr

Öffentliche Armut - privater Reichtum
Referent: Ralf Krämer, Berlin
Die Steuern sprudeln, aber Bund, Länder und Gemeinden sind noch immer hoch verschuldet. Zehn Milliarden Euro pro Jahr kosten die erneuten Steuererhöhungen an Unternehmer, aber für bessere öffentliche Dienstleistungen und bessere Bezahlung der Beschäftigten ist angeblich zu wenig Geld da. Wie sieht es tatsächlich mit den Staatsfinanzen aus? Was sind unsere Alternativen für eine gerechte Steuerpolitik, für mehr und bessere Dienstleistungen und für ein gutes Leben für uns alle?
Rosa Luxemburg Club
Urbanus Rhegius Haus
Fritzenwiese 9, Celle

Radio Nowhere Celle

Teilhaben - Teil werden!

Während der Interkulturellen Woche 2008 soll es vom 28. September bis zum 4. Oktober ein lokales Internetradio geben. Der Celler "Arbeitskreis Ausländer" hat das Projekt angeschoben. Mitmachen kann jedeR: Initiativen, Schulklassen, Einzelpersonen.

In den redaktionellen Beiträgen soll es konkret um den Themenkreis "Migration in Celle" gehen: Klappt das eigentlich mit Teilhabe und Teilnahme oder was steht dem im Weg? Was trennt und was verbindet Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen in Schule, Beruf und Nachbarschaft? Wie erinnern sich z.B. Arbeitsmigranten an ihre ersten Jahre in Celle? Wie ergeht es Flüchtlingen in unserer Stadt? Wie macht sich Rassismus im Alltag bemerkbar? Was kann man tun gegen dumpfe Naziparolen? usw. usw. Die einzelnen Reportagen, Berichte und Nachrichten hierzu sollen

von einzelnen am Projekt interessierte Gruppen oder Einzelpersonen "produziert" werden. Eine "Redaktion" soll das Ganze dann sendefähig machen; nicht nur technisch, sondern auch hinsichtlich der Zusammenstellung der redaktionellen Beiträge und der Musik.

Am 19. April wird von 11 bis 18 Uhr im Bunten Haus ein kostenloser Workshop mit dem Journalisten Lukas Sander stattfinden, der viel für den NDR-Rundfunk arbeitet. Hier können Interessierte lernen, wie man an die Produktion eines Radiobeitrag herangeht und am Ende ein "sendefähiges" Produkt bekommt. Anmeldungen unter DW.celle@evlka.de - Genauere Infos gibt es ab Ostern unter einer hierfür noch einzurichtenden website; ein Link auf die Adresse findet sich dann unter www.bunteshaus.de oder www.kirche-celle.de.

TERMINE

Mi. 09.04.2008, 19:30 Uhr

Welthandel und Klimawandel
Referent ist Gerrit Mumm. Er hat sich intensiv mit der Frage nachhaltigen Wirtschaftens und Lebens auseinandergesetzt. Präsentiert wird u.a. der Aktionsplan der "Global Marshall Plan Initiative", der Organisationen und Privatpersonen die Möglichkeit bietet, einen Beitrag für eine Welt in Balance zu leisten.

Weltladen
Urbanus Rhegius Haus
Anne Frank Saal
Fritzenwiese 9, Celle

Mi. 09.04.2008, 19:00 Uhr

Powered by Celler Rockmusik Initiative
Bluesrock mit Einflüssen aus dem Latin/Flamenco Bereich!
Mit der großen Vielfalt an musikalischen Einflüssen (Rock, Soul, Flamenco und Latin-Musik) und der Kraft ihrer Melodien erfüllt dieses Projekt die Bedingungen, um allen Zuhörern zu gefallen.

Eintritt: VVK 11,90 EUR
/ Abendkasse 13,00 EUR
CD-Kaserne, Celle
Hannoversche Str. 30

Fr. 11.04.2008, 19:00 Uhr

Session von Swing bis Jazzrock mit Musikern der Big Band Celle, Special Guest: Eva Kirchner,
Kunst&Bühne
Eintritt: frei

Sa. 12.04.2008, 20:00 Uhr

Blues Brothers Show
Schwarze Hüte, schwarze Anzüge, schwarze Sonnenbrillen und dazu unbeeindruckte Gesichter - zwei Sänger, deren Outfit keinen Zweifel lässt, um welche Mission es sich handelt!
Eintritt: VVK 12,90 EUR
/ Abendkasse 14,00 EUR
CD-Kaserne, Celle
Hannoversche Str. 30

Do. 17.04.2008, 20:00 Uhr

Antifa Info Abend
Buchvorstellung und Diskussion zum Thema Sicherheitsgesellschaft und soziale Kontrolle mit Peer Stolle (Anwalt, Mitglied im Republikanischen Anwaltsverein, Buchautor)

Anschließend Diskussion über Gegenstrategien.

Mehr Infos auf www.antifa-hannover.tk
Antifaschistische Aktion Hannover [AAH] und Rote Hilfe Hannover.
UJZ Korn
Kornstr. 28-30, 30167 Hannover

Do. 17.04.2008, 20:00 Uhr

Kurdistan 2008 - Bericht einer Newroz-Delegation

Referent: Hauke Hildebrandt, Hamburg
Zum kurdischen Frühjahrs und Friedensfest Newroz besucht eine Menschenrechtsdelegation aus Norddeutschland die Region. TeilnehmerInnen werden von ihren Eindrücken und Erfahrungen berichten. Nach einer kurzen Reformphase von 2001 - 2004 nehmen die Menschenrechtsverletzungen im kurdischen Teil der Türkei erneut zu: von der Kriminalisierung kurdischer PolitikerInnen, über Folter, bis hin zu extralegalen Tötungen - alles nahezu unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit.

Rosa Luxemburg Club
Buntes Haus, Celle
Hannoversche Str. 30f

Sa. 26.04.2008, 20:00 Uhr

"The Queen" Tribut der Extraklasse
"The Queenkings" (ehemals "Mayqueen") sind in der Rock-Szene als "Queen"-Coverband bestens bekannt.
Eintritt: VVK 11,90 EUR
/ Abendkasse 13,00 EUR
CD-Kaserne, Celle
Hannoversche Str. 30

Do. 15.05.2008, 20:00 Uhr

Kommune Niederkaufungen - Ein Blick in ein anderes Leben
Referent: Uli Barth, Niederkaufungen
Seit 21 Jahren leben heute 70 Menschen mit kollektivem Eigentum und gemeinsamer Ökonomie zusammen. Das Leben wird miteinander gestaltet jenseits einer kleinfamiliären Enge, in solidarischer Auseinandersetzung. Keine Idylle, sondern der Versuch eines anderen Lebens im Kapitalismus.
Rosa Luxemburg Club
Buntes Haus, Celle
Hannoversche Str. 30f

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 20.00 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr
Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus,
Fritzenwiese

sic! - sozial in celle

Erwerbslosenberatung
Je. Di. + Do., 14.30 - 17.00 Uhr
Heese 14

Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Di. im Monat
19.30 Uhr in der Deutschen
Angestellten Akademie,
Spörckenstr. 63

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne
hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

jeden Mi. ab 19 Uhr

Antifa-Café:

jeden 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Do., 17-19 Uhr

Plenum

jeden Do. 19 Uhr

Volxküche

jeden So. 18 Uhr

Forum gegen Atomenergie

jeden 1. Di. im Monat, 20.00 Uhr